

XI. Altenparlament wirkt!

Paritätler begrüßen neues Angebot der WGS:
Barrierefreies Ausweichquartier



Viel Platz, sichere Haltegriffe und Tageslicht machen das barrierefreie Bad aus

Selbstbestimmt alt werden in der eigenen Wohnung ist der Wunsch eines jeden Menschen. Nach einem Krankenhausaufenthalt ist die Rückkehr in die eigene Häuslichkeit aus unterschiedlichen Gründen oftmals nicht möglich. Betroffene müssen dann häufig aus ihrem sozialen Umfeld heraus in Pflegeeinrichtungen. Häufiger Grund ist die fehlende Barrierefreiheit der Wohnung, wenn Betroffene sich zum Beispiel für eine gewisse Zeit nur im Rollstuhl bewegen können. In einem solchen Fall ist ein barrierefreies Ausweichquartier eine hilfreiche Lösung.

„Wir freuen uns sehr, dass die Wohnungsgesellschaft Schwerin mbH – WGS – in Schwerin dieses Problem aufgegriffen hat und mit dem Ausweichquartier ‚barrierefreies Wohnen auf Zeit‘ anbietet, sagt Friedrich Wilhelm Bluschke, Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Die Wohnungen sind komplett eingerichtet und auch auf eine Pflegesituation eingestellt (siehe Kasten „Barrierefreies Wohnen auf Zeit“). Ein solches Angebot sei leider noch nicht

Fortsetzung auf Seite 3

**Liebe Vereinsmitglieder,
verehrte Leser des
„Seniorenkuriers“,**

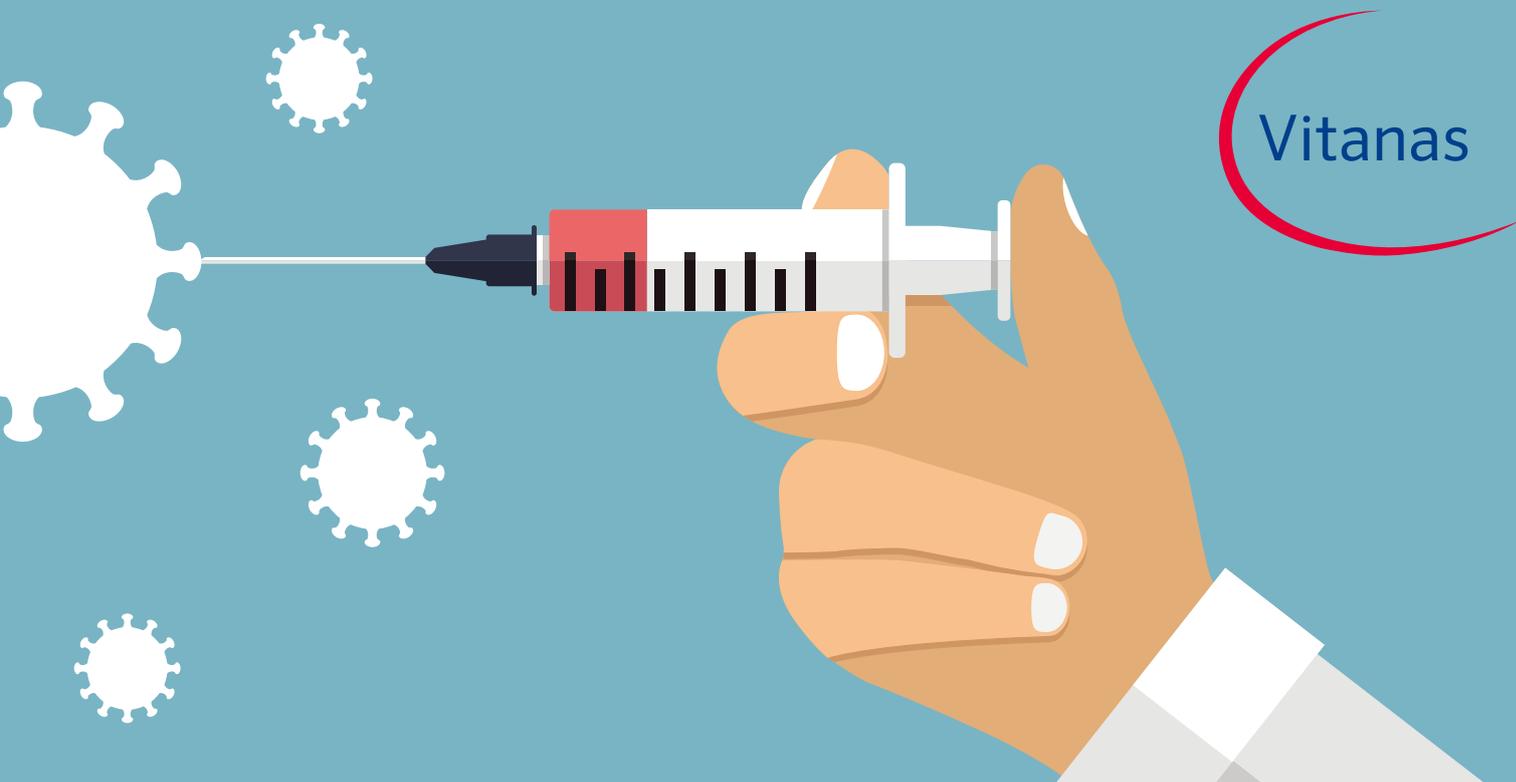
mehr Personal in der ambulanten und stationären Pflege und eine spürbare Begrenzung der Eigenanteile von pflegebedürftigen Menschen in der Pflegeversicherung – das sind die dringlichen Bestandteile einer umfassenden Reform der Pflegeversicherung, die ein „Bündnis für Gute Pflege“ in einem offenen Brief benennt. Der Zusammenschluss von 23 Organisationen und Verbänden fordert, die Pflegeversicherung auf solide finanzielle Füße zu stellen und generationengerecht zu gestalten. Diese Forderung unterstützen wir vollinhaltlich. Nun müssen aber nach Lippenbekenntnissen endlich Taten folgen. Nach Ansicht des Bündnisses sollte ein Gesetzesentwurf noch vor Ende der Legislaturperiode in diesem Jahr vorgelegt werden. Nun sollen ab 1. März alle Bürger kostenlos von geschultem Personal mit Antigen-Schnelltests getestet werden können. Näher rückt auch ein breiter Einsatz von Selbsttests für Laien. Ihr Vorteil: Die Proben brauchen nicht ins Labor zum Auswerten geschickt zu werden, sondern funktionieren ähnlich wie Schwangerschaftstests. Keine Fortschritte gibt es in der Entwicklung von Arzneimitteln zur Behandlung von Coronaerkrankten. Die Förderung beträgt auch nur einen Bruchteil der Förderung für die Entwicklung eines Impfstoffes.

Die Grundsicherung kommt rückwirkend ab Januar 2021. Die ersten Auszahlungen an die ersten Rentempfänger werden voraussichtlich Mitte des Jahres erwartet. Bis Ende 2022 sollen alle Berechtigten, sofern sie es erleben, die ihnen zustehende Grundrente empfangen können. Wegen nichtdigitalisierter Akten zieht sich dieser Prozess zwei Jahre für Betroffene hin. Eigentlich unhaltbar, da es sich bei den Betroffenen bestimmt nicht um Millionäre handelt.

*Bernd Rosenheinrich
Vorsitzender des
Landesseniorenbeirats M-V e. V.*

Aus dem Inhalt

Seite	5	Die Bedeutung von Seniorenbeiräten
Seite	27	Aus Landkreisen und Städten
Seite	33	Armut in Deutschland auf Rekordhoch



WIR HOLEN UNS UNSER LÄCHELN ZURÜCK!

In unseren beiden Schweriner Häusern wurde fleißig geimpft. Nach anfänglicher Skepsis meldeten sich nach und nach immer mehr BewohnerInnen sowie MitarbeiterInnen, so dass die Impftermine gut besucht waren. Mobile Impfteams waren auf den Wohnbereichen unterwegs und für die mobilen Damen und Herren wurde eine Impfstation im Saal aufgebaut. So konnten die Häuser zügig durchgeimpft werden. Alle waren von der guten Organisation begeistert. Es gab sogar ein Danke der Bewohnervertretung, über das sich die Heimleitungen besonders gefreut haben.

Unser Dank gilt allen BewohnerInnen, MitarbeiterInnen, den Impfteams und den Bundeswehrsoldaten. Gemeinsam holen wir uns unser Lächeln zurück!

Ihre

Nicole Solenski, Centrumsleiterin

Sabrina Schröder, Centrumsleiterin

Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten

Adam-Scharrer-Weg 12 | 19053 Schwerin

☎ (0385) 51 19 - 0 | vitanas.de/amschlossgarten

Vitanas Senioren Centrum Im Casino

Pfaffenstraße 3 | 19055 Schwerin

☎ (0385) 575 66 - 0 | vitanas.de/imcasino

Fortsetzung von Seite 1

der Regelfall, sondern immer noch die Ausnahme, so Bluschke.

Der Paritätische Mecklenburg-Vorpommern hatte sich bereits im Herbst 2019 das Thema „Wohnen im Alter nach einem Krankenhausaufenthalt“ auf die Agenda geschrieben. Mit der Gründung eines ersten Runden Tisches hatte der Wohlfahrtsverband als Initiator in Demmin den Auftakt gegeben für eine landesweite Vernetzung zum Thema „Wohnen im Alter im ländlichen Raum“: Verschiedene Akteure, die Verantwortung tragen für ältere Menschen in der Stadt, sollten an Runden Tischen ver-

netzt werden und zu einer besseren Versorgung dieser in den eigenen vier Wänden beitragen. „Wenn Menschen nach einem Krankenhausaufenthalt nicht in ihre Wohnung zurück können, ist das eine traurige und hilflose Situation für sie, in der sie Unterstützung aus ihrer Gemeinde benötigen, um für sie die beste Lösung zu finden“, sagt Friedrich Wilhelm Bluschke.

Insgesamt vier Runde Tische wurden bereits gegründet: Neben Demmin haben sich Akteure aus Pasewalk, Ueckermünde und Parchim an einen Tisch gesetzt. Die Dringlichkeit für dieses Thema wird von allen gleichermaßen gesehen. Partner der Runden Tische sind

unter anderem der Bürgermeister, das Krankenhaus, die Wohnungsbaugesellschaft, der Pflegestützpunkt sowie die Alzheimer Gesellschaft, Vertreter der ambulanten Pflegedienste und der Paritätische. Die Probleme sind überall gleich: „Wir waren nicht überrascht, in allen vier Städten von ähnlichen Problemen und Handlungsbedarfen zu hören“, so Friedrich Wilhelm Bluschke.

Häufigster Anlass für ein barrierefreies Ausweichquartier sei ein Krankenhausaufenthalt. Meist sei zusätzlich eine ambulante Pflege erforderlich. Bluschkes Idee: „Das temporäre Woh-

Fortsetzung auf Seite 4

WGS bietet bei Krankheit oder nach einer Reha-Maßnahme ein speziell ausgerüstetes Zuhause

Wer sich verletzt hat und in seiner Bewegung eingeschränkt ist oder gerade aus dem Krankenhaus oder einer Reha zurückkommt, hat veränderte Bedürfnisse, die die eigenen vier Wände oft nicht erfüllen können. Die Wohnungsgesellschaft Schwerin mbH – WGS – bietet deshalb seit Kurzem mit einer speziell ausgestatteten 2-Zimmer-Wohnung auf 63,5 qm das „Temporäre barrierefreie Wohnen“ in der Edgar-Bennert-Straße 12 (Schwerin-Lankow) an.

Im Vordergrund steht die Barrierefreiheit, denn allein auf die modernen Möbel, das gemütliche Ambiente und hübsche Bilder an der Wand kommt es nicht an. Es beginnt damit, dass die Wohnung im Erdgeschoss liegt. Sie verfügt über einen Balkon mit elektrisch fahrbarer Markise. Ein 24-Stunden-Notruf über die Diakonie ist gewährleistet.

Auf viele Kleinigkeiten wurde geachtet, die der WGS wichtig sind und die sogar mit einer Rollstuhlfahrerin getestet wurden: Kann der Backofen von allen Seiten her geöffnet werden? Bekommt man die Schubladen auf? Ist das Rollo bedienbar? Alles ist inzwischen rollstuhlgerecht. In der Dusche wurde ein fester Sitz eingebaut. Alles ist gut durchdacht – sogar für sehbehinderte oder gehörlose Menschen. Es gibt farbliche Markierungen an den Lichtschaltern und es lässt sich ein Lichtsignal zusätzlich zur Haustürklingel einstellen. Das Pflegebett im Schlafzimmer beeindruckte die Testperson besonders. Als zusätzlicher Service werden die Endreinigung sowie kleine Unterstützungsleistungen im Tagesbedarf wie z.B. Koffertragen, Einkäufe und Müllentsorgung angeboten. Die Wohnung kann bereits ab drei Übernachtungen angemietet werden. Unbürokratische und schnelle Verlängerungen und Verkürzungen sind möglich. Pro Über-

nachtung wird eine Nutzungsgebühr in Höhe von 30 € inkl. MwSt. veranschlagt. WGS-Mieter erhalten für bis zu drei Monate eine Mietfreistellung für die eigene Wohnung, so dass keine doppelte Mietbelastung anfällt.

Info: Mietercenter Nord der WGS, Tel: 0385/74 26-325.



Rollstuhlgerechte Gestaltung prägt auch das helle Wohnzimmer.



Höhenverstellbares Pflegebett im Schlafzimmer. Fotos: WGS

Fortsetzung von Seite 3

nungsangebot könnte idealerweise gleich mit einem Pflegeangebot gekoppelt werden.“ Denn es sei schwierig, von heute auf morgen einen ambulanten Pflegedienst zu finden, insbesondere in ländlichen Regionen. In vielen Pflegediensten herrschten personelle Engpässe, so dass es vorkommen könne, dass kein Pflegedienst gefunden werde. „Solche Situationen erleben Mitarbeiter in den Krankenhäusern, die die Entlassung der Patienten zu organisieren haben, täglich. Sie beklagen, unzählige Telefonate führen zu müssen, ohne am Ende immer Erfolg zu haben.“

Schließe sich dem Krankenhausaufenthalt eine stationäre Kurzzeitpflege an, sei für eine begrenzte Zeit eine Lösung gefunden. Sie sei allerdings nicht überall und nicht immer verfügbar und mit Eigenanteilen an den Kosten verbunden.

Bluschke wünscht sich eine Möglichkeit, sich mit einem Telefonat bezüglich der Vermittlung eines barrierefreien Ausweichquartiers oder eines ambulanten Pflegedienstes an eine zentrale oder koordinierende Stelle wenden zu können. „Ein regionaler Pflegenotdienst und eine digitale Plattform über freie Pflegekapazitäten existieren leider noch nicht. Sie wären eine große Hilfe, die Rückkehr in die eigene Häuslichkeit zu organisieren“, meint er.

Das Thema bewegt. Im vergangenen Jahr hat sich auch das Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern intensiv mit diesem Thema befasst. In einem an die Landesregierung gerichteten Leitantrag unter aktiver Beteiligung des Paritätischen wurde u.a. die Notwendigkeit von „barrierefreien Ausweichquartieren“ ausführlich beschrieben (siehe Kasten „Beschluss zum Leitantrag 2“).

„Die Angst insbesondere älterer Menschen, nicht in ihrer Wohnung bleiben zu können, wenn plötzlich ein Handicap eintritt, ist verständlich. Häufiger als man denkt kann dies

durch einen einfachen Sturz ausgelöst werden“, so Bluschke, „wenn danach für einige Zeit die Bewegung in der Wohnung zum Beispiel nur noch im Rollstuhl möglich ist.“

Vor allem alleinlebende Menschen seien in einer solchen Situation auf Hilfe und Unterstützung angewiesen, beispielsweise aus der Nachbarschaft. „Da geht es um den Einkauf von Lebensmitteln, um die Herrichtung der Wohnung, aber auch darum, dass einfach jemand da ist und das Alleinsein für einen Moment vergessen lässt“, so Bluschke. Oft genüge es auch schon, dass jemand nachschaut, ob alles in Ordnung oder etwas Dringendes zu veranlassen ist. Für diesen Fall wurde auf Landesebene bereits das Projekt „Nachbarschaftshelfer“ gestartet, das über die regionalen Pflegestützpunkte koordiniert wird. Die Bewerber durchlaufen eine Qualifizierung und erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine kleine Aufwandsentschädigung. Bei all den Fragestellungen rund um das Thema ‚Wohnen im Alter‘ gehe es im Kern um das generelle Thema ‚Daseinsvorsorge in unseren Städten und Gemeinden‘. „Gegenüber der Politik auf Landes- und kommunaler Ebene haben wir daher folgende Forderung erhoben“, berichtet Blusch-

ke: „Die Sicherung eines lebenswerten und zukunftsfähigen ländlichen Raumes, der den Menschen im Rahmen der Daseinsvorsorge ein selbstbestimmtes Leben und ein Verbleiben in der eigenen Häuslichkeit in allen Lebensphasen und Notlagen ermöglicht.“

Ziel des Verbandsvorsitzenden ist es, die „Runden Tische“ an den vier Orten weiterzuführen und zu erreichen, dass sie im Rahmen der Umsetzung des „Masterplans Gesundheitswirtschaft Mecklenburg-Vorpommern 2030“, die vom Kuratorium für Gesundheitswirtschaft MV begleitet wird, als Pilotregionen fungieren. „Wir wollen es schaffen, dass alle an einem Strang ziehen und das Thema landesweit gesehen und angepackt wird“.

Krankenhäuser sind gesetzlich verpflichtet, die im Anschluss an die stationäre Versorgung notwendige medizinische und pflegerische Versorgung sicherzustellen. Scheitert die Rückkehr in die eigene Wohnung, kommt entgegen dem eigentlichen Wunsch der Betroffenen oft nur noch die Suche nach einem stationären Platz in einem Pflegeheim in Frage, es sei denn, es wird kurzzeitig eine alternative Lösung gefunden.

Das barrierefreie Ausweichquartier der WGS in Schwerin sei daher ein Vor-

Beschluss zum Leitantrag 2 des 11. Altenparlaments M-V „Wohnen im Alter im ländlichen Raum – Rückkehr in die eigene Wohnung nach einem Krankenhausaufenthalt“ (Auszug)

Der Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine „Rückkehr in die eigene Wohnung nach einem Krankenhausaufenthalt“ hinzuwirken. Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Die Bildung von notwendigen Kooperationen unter den an der sektorenübergreifenden Versorgung beteiligten Stellen unter Einbeziehung der Wohnungswirtschaft, der Pflegestützpunkte und der Kommunen, damit vorausschauend passgenaue Lösungen entstehen und vorgehalten werden.
2. Die Vorhaltung von barrierefreien Ausweichquartieren durch die Wohnungswirtschaft, damit notwendige Umbaumaßnahmen in der Wohnung zwischenzeitlich durchgeführt werden können und die anschließende Rückkehr in die eigene Wohnung ermöglicht wird. Wohnberatung und Aufklärung über Fördermöglichkeiten sollten auch von den Pflegestützpunkten angeboten werden.

zeigeprojekt, meint Bluschke und absolut nachahmenswert. Nicht zufriedenstellend gelöst sei jedoch die gegenwärtige Finanzierung des barrierefreien Wohnens auf Zeit. „Mit den zusätzlichen Kosten darf der Pflegebe-

dürftige nicht allein belastet werden“, fordert er. Schließlich fielen die Kosten für die eigene Wohnung weiterhin an. Außerdem werde durch die Nutzung eines barrierefreien Ausweichquartiers die Rückkehr in die eige-

ne Wohnung abgesichert und dies sei im Interesse aller, nicht zuletzt auch im Interesse der Pflegeversicherung.

*Der Paritätische
Mecklenburg-Vorpommern e.V.*

Mit Rat und Tat und festem Willen

Bedeutung von Seniorenbeiräten im politischen und sozialen Leben



Der Kreissenorenbeirat Mecklenburgische Seenplatte (MSE) hat im Januar 2021 einen Brief an die 20 Bürgermeister/Amtsvorsteher des Landkreises und die Seniorenvereinigungen aus dem Landkreis geschickt. Darin werden Arbeit und Ziele sowie die Notwendigkeit der Seniorenbeiräte beschrieben. Wir veröffentlichen dieses Schreiben in Auszügen:

Der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung nimmt zu. Die Bemühungen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Senioren haben sich zu einem besonderen Aufgabengebiet entwickelt. Als demokratische Initiative zur Beteiligung älterer Menschen am kommunalpolitischen Geschehen gibt es Seniorenbeiräte. Ihr Hauptanliegen soll die Beteiligung von Senioren bei der Lösung ihrer vielfältigen Probleme und eine Verbesserung der sozialen Teilhabe sein.

Seit 2012 werden im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte die Interessen und Bedürfnisse älterer Menschen durch einen Kreissenorenbeirat (KSB-MSE) vertreten. Er nimmt die Interessen aller im Landkreis lebenden älteren Einwohner gegenüber dem Kreistag, dessen Ausschüssen und der Kreisverwaltung wahr und vertritt diese in der Öffentlichkeit. Er ist ein kommunales Gremium des Landkreises und wird vom Kreistag und seinen Ausschüssen sowie der Verwaltung im Rahmen seiner Aufgaben in die Entscheidungsfindungen einbezogen.

Der KSB-MSE wirkt bei der Planung und Umsetzung von Angeboten, welche die spezifischen Belange der älte-

ren Generation im Zusammenhang kommunalen Lebens aufzeigen, mit. Dies gilt insbesondere in Belangen der Themen:

- Wohnen im Alter
- Mobilität im Alter
- Alter, Gesundheit und Pflege
- Kultur, Freizeit und Bildung im Alter
- Arbeit im Alter
- bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe
- Infrastruktur und Daseinsvorsorge
- Gestaltung des sozialen Zusammenlebens

Aufgabe des Kreissenorenbeirats ist, die Mitwirkungsmöglichkeiten älterer Mitbürger bei kommunalen Entscheidungen zu verbessern, Initiativen älterer Menschen zu begleiten und zu unterstützen. Er setzt sich auch für eine Verbesserung des Verständnisses zwischen junger und älterer Generation (Generationendialog) ein. Wir unterstützen dabei auch die Forderung des Landessenorenbeirats, analog zum Altenparlament ein Jugendparlament auf Grundlage eines Jugendmitwirkungsgesetzes im Land zu etablieren. Wir pflegen die Kontakte zu den Kreistagsfraktionen, Sozialverbänden sowie dem Landessenorenbeirat. Der Kreissenorenbeirat erstattet gegenüber dem Kreistag jährlich Bericht.

Im Zuge von stetig wachsender Altersarmut, Segregation und teilweise auch Vereinsamung sind wir alle aufgefordert, etwas zu tun. Aber die Seniorinnen und Senioren leben in unseren Dörfern und Städten. Leider ist festzustellen, dass hier für die Seniorenpolitik bisher noch so gut wie keine Maß-

nahmepläne bzw. Handlungsfelder abgesteckt sind.

Dies gelingt uns aber nur, wenn wir gegenüber unseren Gemeindevertretern, den Stadtvertretungen und auch dem Kreistag sowie den jeweilig angeschlossenen Ämtern unsere Erwartungen auch kundtun.

Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit dem im Kreis in der Seniorenarbeit tätigen Verbänden und Vereinen. Wir möchten darauf hinwirken, dass in allen Städten und Gemeinden Seniorenbeiräte gebildet werden. Im Jahr 2018 hat es Beratungen mit den Bürgermeistern gegeben. In diesen hatten wir uns dazu verständigt, dass:

1. die Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe mehr in den Arbeitsalltag der Verwaltungen zu berücksichtigen ist;
2. mit uns gemeinsam weitere Seniorenbeiräte, mindestens auf Amtsbasisgröße, zu bilden sind und diese auch finanziell mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet werden;
3. da, wo derzeit noch keine Seniorenbeiräte arbeiten, wenigstens ein Verantwortlicher für Seniorenarbeit zu benennen ist;
4. selbst bereit zu sein, auch wenn man noch nicht aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden ist, aktiv im KSB-MSE oder in kommunalen Seniorenbeiräten mitzuarbeiten, um so die geballten Erfahrungen im Interesse der Seniorenpolitik mit einzubringen.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Aber bisher ist noch keine Reaktion dazu festzustellen. Es sei in dem Zusammenhang auch erinnert an den § 2 der Kommunalverfassung MV, in dem es u.a. heißt: *Die Gemeinden sind ... im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit „(1) verpflichtet, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.*

(2) Zu den Aufgaben des eigenen Wirkungskreises gehören insbesondere die harmonische Gestaltung der Gemeindeentwicklung unter Beachtung ... (vieler Aufzählungen auch) ... der gesundheitlichen und sozialen Betreuung.“

Wenn wir von der Seniorenarbeit als einer Querschnittsaufgabe sprechen, sollte das alle betreffen. Von der Verwaltung mit dem Landrat an der Spitze, von der Politik bis zu jedem Bür-

germeister oder Verwaltungschef. Kurz und gut: Seniorenpolitik betrifft alle Ressourcen und ist generationsübergreifend zu verstehen. Das Gemeinwesen ist gut beraten, wenn es die Kompetenz und Erfahrung der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger nutzt.

*Professor Dr. Hans-Joachim Götze
Vorsitzender des KSB
Mecklenburgische Seenplatte,
Neubrandenburg*

Gründung eines Seniorenbeirates in Kröpelin

Zum Jahresende 2020 hat sich in der Stadt Kröpelin ein Seniorenbeirat der Stadt gebildet. Auf der konstituierenden Sitzung des Kreissenorenbeirates im Februar 2020 wurde durch den neuen Kreissenorenbeirat auf den Schwerpunkt der Bildung neuer Seniorenbeiräte im Landkreis Rostock hingewiesen. Diese Aufgabe sollte sich besonders im zu erarbeitenden Arbeitsplan widerspiegeln. Auch der neugewählte Kreistagspräsident Veikko Hackendahl, der die konstituierende Sitzung einberufen und geleitet hatte, sprach sich für die Notwendigkeit der Bildung weiterer Beiräte aus. Er

hob hervor, dass er sich persönlich um die Bildung eines Seniorenbeirates in seiner Stadt Kröpelin einsetzen werde. In der Folgezeit sprach er mit dem Vorstandsmitglied Ingrid Rambow vom Kreissenorenbeirat dieses Vorhaben ab. Durch sein persönliches Engagement konnten er und Kröpelins Bürgermeister Thomas Gutteck Bürger für die Bildung eines Beirates gewinnen. So wurde im November 2020 unter Anleitung des Bürgermeisters ein Seniorenbeirat der Stadt Kröpelin gegründet. Das fünfköpfige Gremium hat sich auf die Fahnen geschrieben, seine älteren Mitbürger gezielt und persönlich

anzusprechen und ihnen das Gefühl zu vermitteln, dass sie über eine Interessenvertretung verfügen. Kontakte untereinander sollen ebenso gefördert werden wie die Zusammenarbeit mit den relevanten Institutionen. Ganz praktisch wird Handlungsbedarf gesehen bei der behindertengerechten Gestaltung von Gehwegen und Bushaltestellen sowie bei der Einrichtung eines Treffpunktes, wo sich die Senioren auch mal zu einem Kaffee zusammenfinden können.

*Jürgen Lorenz,
Vorsitzender Kreissenorenbeirat
LK Rostock*

Klein Trebbow sucht aktive Senioren

Wie die SVZ am 12. Januar 2021 berichtete, soll in Klein Trebbow nördlich von Schwerin ein Seniorenbeirat ins Leben gerufen werden – allein fehlt es an Mitgliedern, die sich darin ehrenamtlich engagieren wollen. Dabei geht es zunächst lediglich um die Organisation von Vorträgen über Themen wie Vorsorgevollmacht, gesunde Ernährung im Alter und Patientenverfügungen.

„Wir wollen Senioren in die Gemeindegearbeit einbeziehen – aktiv und selbstbestimmend“, wird Joachim Albrecht zitiert, der Mitglied der Ge-

meindevertretung ist. Dafür wurde auf der jüngsten Sitzung die Gründung des Gremiums beschlossen, ein paar Tage später bereits im Gemeindeboden nach Mitgliedern gesucht. „Doch leider hat sich bisher keiner gemeldet“, so der 81-Jährige. Nun sollen engagierte Rentner aktiv gewonnen werden. Sieben Mitglieder seien notwendig, um eine Arbeitsfähigkeit des Beirats herbeizuführen.

Neben Vorträgen planen die Verantwortlichen Joachim Albrecht und Ursula Krause, zweite stellvertretende Bürgermeisterin und Vorsitzende des

Finanzausschusses, auch Kurse zu Themen wie dem Umgang mit Smartphones. Vorstellbar sei auch, dass Senioren sich in die Schüler-Nachhilfe einbringen. Im Wesentlichen geht es darum, die älteren Bewohner aus Klein Trebbow in das Gemeindeleben einzubeziehen, dass sie sich mit ihren Kompetenzen einbringen können und diese so erhalten bleiben.“

Bei Interesse an einer Mitwirkung im Seniorenbeirat sind Joachim Albrecht unter Telefon 0171/815 27 85 sowie Ursula Krause die passenden Ansprechpartner.

Zwischen den Monaten

Ereignisse von November 2020 bis Februar 2021 in unserem Bundesland unter Mitwirkung des LSB

An einer digitalen Konferenz am 5.11.2020 zum Thema „**Ältere Menschen und Digitalisierung**“ (Achter Altersbericht der Bundesregierung) war Brigitte Seifert zugegen. Ausführungen zum Thema machten Frau Dr. Giffey (Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) sowie Mitglieder der Kommission zur Erarbeitung des Achten Altersberichts und Mitarbeiter des BMFSFJ. Diskutiert wurde, welche Fragen ältere Menschen und auch Unterstützer*innen in deren Umfeld haben. Die Digitalisierung verändert unser Leben in allen Bereichen und bringt auch für ältere Menschen Veränderungen und neue Herausforderungen mit. Welchen Beitrag leistet jeder einzelne? Über die Internetseite des BMFSFJ können eine DVD „Nie zu alt fürs Internet“ und eine Broschüre „Empfehlungen des Achten Altersberichts“ (Kurzfassung) kostenlos bestellt werden. Das Projekt „Digitaler Engel“ (www.digitaler-engel.org) ist mobil in der ganzen Bundesrepublik unterwegs.

*

Am 1.12.2020 wirkte Brigitte Seifert an einer digitalen Gruppendiskussion des **BZgA-Programms „Gesund und aktiv älter werden“** zur Situation „Aktiver Senior*innen“ in Zeiten der Corona-Pandemie mit. An dieser Diskussion nahmen auch Experten*innen von der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V., der Münchner Seniorenbörse, Silbernetze e.V. Berlin und der Nachbarschaftshilfe für die Stadt Köln teil. Folgende Fragen wurden diskutiert: Welche Auswirkungen hat die aktuelle zweite Welle der Corona-Pandemie auf den Alltag/die Lebensgestaltung von „aktiven Senior*innen“? Was ändert sich?, Wie nehmen Sie das in Ihrem beruflichen Umfeld wahr?, Welche Unterschiede, aber auch Gemeinsam-

keiten, gibt es zur ersten Welle der Corona-Infektion im Frühjahr 2020? Das Ehrenamt steht derzeit nicht im Mittelpunkt. Was glauben Sie, was ist für das Ehrenamt der Zukunft bedeutsam? Stellt die Generation Babyboomer neue Ansprüche an das Ehrenamt?

*

Ältere Menschen und Digitalisierung

Eine Online-Veranstaltung des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA) befasste sich am 2.12.2020 mit dem Thema „Ältere Menschen in der Pandemie – Digitale Technologien als Chance?“

Digitalisierung ist eine der zentralen Entwicklungen unserer Zeit. Die mit der Digitalisierung einhergehenden Veränderungen betreffen alle Mitglieder der Gesellschaft. Für die meisten Menschen – auch für viele Ältere – ist es zu einem selbstverständlichen Teil ihres Alltags geworden, immer wieder neue digitale Technologien und entsprechende Geräte und Anwendungen kennenzulernen, sie zu nutzen und das eigene Leben damit zu gestalten. Der Digitalisierung und ihren Folgen kann man sich kaum entziehen.

Auch Menschen, die kein Smartphone, kein Tablet und keinen Computer benutzen und es für sich nicht nutzen möchten und ablehnen, schauen digitales Fernsehen und kommunizieren bei Telefonanrufen mit einem Sprachroboter. Mittlerweile sind viele Informationen ohne Zugang zum Internet nicht zugänglich, und mehr und mehr Dienstleistungen z.B. das digitale Rathaus, können nur über das Internet in Anspruch genommen werden.

Für viele ältere Menschen ohne Internetanbindung bedeutet das: Keine Möglichkeit der Teilhabe, keine soziale Integration, fehlende Mög-

lichkeiten der Kommunikation. Die Würde des Menschen wird missachtet, denn das bedeutet eine Degradierung der älteren Menschen besonderer Risikogruppen in Pflegeheimen, weil die Grundausstattung für die Teilhabe fehlt. Soziale Unterschiede und Ungleichheit dürfen nicht dazu führen, dass Grundrechte verletzt werden. Digitale Strategien dürfen ältere Menschen nicht ausschließen. Am 1.12.2020 fand ein Digitalgipfel der Bundesregierung statt – ohne die Teilnahme von Senioren bzw. ohne seniorenrelevante Themen.

Es gibt die Forderung, dass die Sozialversicherungssysteme digitale Plattformen in der Altenhilfe im SGB XI anzubieten haben. Ältere Menschen verfügen über viele Kompetenzen, sie müssen aber im Umgang mit der Digitalisierung angeleitet und begleitet werden. Selbst Demenzerkrankte, so schätzen Fachleute, können mit der Technik umgehen.

Es fehlen vor Ort großflächige Bildungsangebote. In der Zeit der Pandemie ist dies besonders sichtbar geworden. Der Internet-Zugang ist ein Grundbedürfnis auch für sozial schwache Bürger. Bildungsangebote für ältere Bürger sind oft nicht bekannt, schlecht erreichbar oder kostenpflichtig. In der nachberuflichen Phase fehlen Bildungsstrategien und Lerngelegenheiten.

Die BAGSO fordert:

1. Eine nationale Bildungsstrategie in der nachberuflichen Phase
2. Die Aus- und Weiterbildung muss von Fachkräften wie auch von Technikern durchgeführt werden.
3. Flächendeckende Lernangebote im Sinne einer Daseinsvorsorge vorhalten als Pflichtaufgabe.

Senioren haben ein Grundrecht auf Digitalisierung, es fehlen aber entspre-

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

chende Strategien und die finanziellen Mittel dafür. Das Ehrenamt wird diese Aufgabe nicht lösen können.

Nach Auffassung von Dagmar Hirche, Gründerin des Vereins „Wege aus der Einsamkeit“, ist „digitale Bildung ein Muss für alle Bürger, wie das lebenslange Lernen. Die Wirtschaft muss mit ins Boot geholt werden.

Wir Senioren müssen uns aufdrängen und die Menschen für dieses Thema neugierig machen. Es braucht einen Digitalpakt „Alter“. Der Achte Altersbericht bietet eine gute und richtungsweisende Aufarbeitung des Themas und er macht deutlich, dass es eine abgestimmte Strategie „Digitalisierung für ein gutes Leben im Alter“ benötigt.

Monika Schmidt

*

Masterplan Gesundheitswirtschaft M-V 2030

Im Januar dieses Jahres tagte die Strategiegruppe III „Gesundes Alter(n)“ des Kuratoriums Gesundheitswirtschaft M-V. Die erste Sitzung beschäftigte sich in einer Videokonferenz mit dem aktuellen Stand der Fortschreibung des Masterplans Gesundheitswirtschaft M-V 2030. Zum vorliegenden Entwurf hatte der Landesseniorenbeirat seine schriftliche Stellungnahme abgegeben.

Zu Beginn stellten Katy Jurkschat und Steffan Weihe aus Grevesmüh-

len die Ergebnisse eines Bundesprojektes „Digitale Stadt“ vor. Unter www.grevesmuehlen-erleben.de findet man auf einem übersichtlichen Portal „Grevesmühlen erleben“ wichtige Informationen für Bürger und Gäste im Internet. Erreichbar ist diese Plattform im Stadtzentrum auch über kostenloses WLAN. Eine interaktive Karte zeigt die Standorte von Handel und Dienstleistungen, Gesundheitseinrichtungen und Arztpraxen, Handwerkern und Tankstellen.

Weitere Informationen findet man unter Neuigkeiten, Veranstaltungen, Schaufenster, Sehenswürdigkeiten, Lieferservice und Gesunde Stadt. Unter dem Punkt „Gesunde Stadt“ gibt es z.B. einen Pflegefinder und Informationen zu Gesundheit und Sozialem. Täglich gibt es zwei bis dreitausend Aufrufe dieser Seiten. Die Oberfläche ist barrierefrei.

Danach wurde als Projektvorschlag zur Umsetzung des Masterplans der Beschluss des 11. Altenparlaments „Wohnen im Alter im ländlichen Raum – Rückkehr in die eigene Wohnung nach einem Krankenhausaufenthalt“ diskutiert. Die Frage war, wie es mit den in diesem Projekt gebildeten vier runden Tischen weitergeht und welche Rolle sie bei der Umsetzung des Projekts im Zeitraum bis 2030 spielen werden. Das Besondere ist dabei, dass die praktische Umsetzung im Mittelpunkt steht.

Bernd Rosenheinrich
Vorsitzender des LSB M-V e. V.

AG Seniorensicherheit beim LfK: Unterarbeitsgruppe tagte

Am 16. Februar 2021 tagte per Videokonferenz eine Unterarbeitsgruppe der AG Seniorensicherheit des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung M-V (LfK). Thema der Sitzung: „Stand und weiteres Vorgehen beim Vorhaben Aufruf „Enkel gegen Enkeltrick“. Coronabedingt gab es zahlreiche Hindernisse bei der planmäßigen Umsetzung. Aufgrund der pandemiebedingten Schulschließungen konnte von Anett Nuklies vom Präventionsrat des Landkreises LWLPCH bisher der Kontakt zur Pilotschule nicht hergestellt werden. Janet Kunze-Gattermann als Vertreterin des Landeskriminalamtes berichtete, dass das LKA MV jährlich in Zusammenarbeit mit dem Caspar David Friedrich Institut der Universität Greifswald einen Präventionsjahreskalender herausbringt. Das LKA MV schlägt für das Jahr 2022 vor, die Themenbereiche Trickstraftaten zum Nachteil älterer Menschen und Zivilcourage zu verbinden. Studierende aus dem Fachbereich „Bildende Kunst“ werden dazu zu einem Wettbewerb aufgerufen und die besten Motive letztlich prämiert. Die Geschäftsführerin des LfK, Monika-Maria Kunisch, sagte finanzielle Unterstützung hinsichtlich der Preisgelder für den Kalender zu. Ferner berichtete Kunze-Gattermann über erste Überlegungen hinsichtlich eines Projekttagges an Schulen/Beruflichen Schulen zum Thema Trickstraf-

Zahl der Älteren steigt weiter

Parallel zum Rückgang der Bevölkerungszahl wird sich in Deutschland auch die Altersstruktur verschieben. Das ergibt sich aus der koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden. Während der Anteil der unter 20-Jährigen abnimmt und die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter stark schrumpft, wird 2060 etwa jede dritte Person 65 Jahre und älter sein. Der demografische Wandel zeigt sich besonders deutlich

bei den Hochbetagten. Leben derzeit rund fünf Millionen 80-Jährige und Ältere, so wird ihre Anzahl bis 2050 (bei stärkerer Zuwanderung) auf 9,9 Millionen steigen. Der Anteil der 80-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung betrug 2013 rund fünf Prozent, bis 2050 wird er sich auf 13 Prozent erhöhen. 2060 wird jede achte Person 80 Jahre oder älter sein (12,3 Prozent) bzw. fast jede dritte Person 65 Jahre und älter (31,7 Prozent).

taten zum Nachteil älterer Menschen. Die Ergebnisse der Sitzung der Unterearbeitsgruppe werden in der kommenden Sitzung der AG Seniorensicherheit allen AG-Mitgliedern vorgestellt und Lösungsansätze zur Umsetzung beraten.

Bernd Rosenheinrich
Leiter der AG Seniorensicherheit

*

Diskussionsrunde mit dem MV-Zukunftsrat

Im Februar war ein Vertreter des Landesseniorenbeirates zur Teilnahme an einer Videokonferenz des MV-Zukunftsrates eingeladen. Der 49-köpfige MV-Zukunftsrat mit Personen aus verschiedenen Regionen, Generationen, Lebensrealitäten und Professionen wurde im September letzten Jahres von der Landesregierung berufen. Das Land erhofft von diesem Gremium wichtige Impulse für die zukünftige Entwicklung unseres Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern. Das Ziel besteht in der Fortsetzung der bisherigen positiven Entwicklung und der ökologisch verträglichen, sozial gerechten und wirtschaftlich leistungsfähigen Gestaltung des Landes im neuen Jahrzehnt. Das Land braucht eine Nachhaltigkeitsstrategie und den Bürgerdialog.

Den Vorsitz des MV-Zukunftsrates haben der Direktor und Geschäftsführer des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts Professor Dr. Henning Vöpel und Dr. Franziska Tanneberger vom Institut für Botanik und Landschaftsökologie an der Universität Greifswald übernommen.

Vier Arbeitsgruppen zu den Themen „Wirtschaft“, „Soziales“, „Ökologie“ und „Digitalisierung“ wurden gebildet. Ein Teil des vom Kabinetts beschlossenen Arbeitsprozesses des Zukunftsrats besteht darin, den eingeladenen Verbänden und Fraktionen die bisherigen Arbeitsergebnisse vorzustellen und zu diskutieren. Die beiden Vorsitzenden begrüßten

dazu die Anwesenden. Der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Dr. Heiko Geue, informierte über das Ziel und die bisherigen Ergebnisse. Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit, in digitalen Arbeitsgruppen in 3-minütigen Statements eigene Standpunkte zu drei Leitfragen vorzutragen:

- Was ist ihr wichtigstes Zukunftsziel für ein nachhaltiges MV 2030?
- Wo sehen Sie das größte Potential für MV?
- Was brauchen Sie zur Aktivierung dieses Potentials?

Der Landesseniorenbeirat wurde einer Arbeitsgruppe unter Leitung der Professorin für Designforschung an der Universität der Künste Berlin und Mitglied des Zukunftsrates, Gesche Joost, zugeteilt.

Im mit dem Vorstand des Landesseniorenbeirates abgestimmtem Statement wurde auf die Aktualität der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Älter werden in MV“ verwiesen. Gemäß Resolution des 11. Altenparlaments wurde erneut gefordert, die Mitbestimmung und Teilhabe der Jugendlichen des Landes in einem Jugendmitwirkungsgesetz zu regeln. Wichtig für die Zukunft des Landes ist eine motivierte Jugend, die die Empfehlungen des MV-Zukunftsrats verantwortungsvoll mit umsetzen wird. Deshalb ist ein Landesjugendplan M-V und eine auskömmliche Finanzierung der Jugendarbeit unbedingt erforderlich. Zum Abschluss soll der Zukunftsrat seine Empfehlungen der Landesregierung übergeben. Diese werden zur weiteren Beratung auch dem Landtag zugeleitet.

Parallel zur Arbeit der Kommission wird gegen Ende des Jahres ein Online-Beteiligungsverfahren zu Zukunftsfragen des Landes gestartet. Auf diese Weise sollen auch die Bürgerinnen und Bürger des Landes in die Entwicklung einer Zukunftsstrategie einbezogen werden.

Bernd Rosenheinrich
Vorsitzender des LSB M-V e.V.

Ablesbare Altersuhr

Biologisches Altern ist mehr als nur Verschleiß wie bei einem Auto oder einer Maschine. Im Innern jedes menschlichen Körpers tickt unbarmherzig eine biologische Altersuhr, die irgendwann sagt: Jetzt ist Schluss. Wissenschaftler haben herausgefunden, wie sich diese Altersuhr ablesen lässt, jetzt wollen sie daran drehen. In ihren Laboren entstehen Wirkstoffe, die das Räderwerk aufhalten und somit das Altern an der Wurzel packen könnten. Verschiedene Substanzen verlangsamen den natürlichen Alterungsprozess und versprechen nicht nur längeres Leben, sondern auch Gesundheit im Alter. Die ersten klinischen Studien haben begonnen, und – wen wundert's – die Nachfrage nach dem Jungbrunnen auf Rezept ist groß.

Sturzgefahr wird größer

Je älter Menschen werden, desto leichter stürzen sie. Die Kraft der Muskeln und der Augen lässt nach. Kreislaufstörungen können dazu führen, dass einem häufiger schwindlig wird. „Wir schätzen, dass etwa 30 Prozent der Menschen über 65 Jahre mindestens einmal pro Jahr hinfallen“, sagt Clemens Becker, Chefarzt der Klinik für geriatrische Rehabilitation am Robert-Bosch-Krankenhaus in Stuttgart. Bei Menschen, die älter als 80 Jahre sind, fällt bereits jeder Zweite mindestens einmal im Jahr hin. Ältere Menschen, die einmal gestürzt sind, haben ein erhöhtes Risiko, erneut hinzufallen. Darauf weist der Hamburger Arzt für Innere Medizin Wolfgang Wesiack hin. Er ist Präsident des Berufsverbands Deutscher Internisten.

Änderung des LBG M-V

Ausbau der gesellschaftlichen Teilhabe von Behinderten

Das Landeskabinett hat am 5. Januar 2021 die Änderung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes (LBGG M-V) beschlossen. Der Gesetzentwurf geht nun in die parlamentarische Beratung in den Landtag.

„Mit der beabsichtigten Novelle wollen wir Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen weiter beseitigen“, erläuterte Sozialministerin Stefanie Drese nach der Sitzung der Landesregierung. Ziel sei es, Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte und möglichst selbständige Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Ministerin Drese hob insbesondere die Weiterentwicklung des Integrationsförderrates zu einem Inklusionsförderrat für Menschen mit Behinderungen hervor. „Mit dieser Änderung stärken wir die Vereine und Verbände der Menschen mit Behinderungen in

ihrer Aufgabenwahrnehmung“, sagte Drese.

Das aus ehrenamtlich Mitgliedern bestehende Gremium berät und unterstützt die Landesregierung bei der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen. Es hat das Recht, der Landesregierung geeignete Vorschriften vorzuschlagen. Wenn Gesetzentwürfe eingebracht oder andere Rechtsvorschriften erlassen werden sollen, ist der Förderrat anzuhören, wenn die Belange von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen betroffen sind.

Ein weiterer wichtiger Punkt der geplanten Änderung des LBG M-V ist die Einführung der verständlichen und „Leichten Sprache“ im Verwaltungsverfahren aller staatlichen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen). Dazu seien auch Fortbildungen für die Mitar-

beiter in der barrierefreien Kommunikation notwendig und vorgesehen, so Drese.

Ein weiterer Schwerpunkt des novellierten LBG M-V ist der weitere Abbau von Barrieren in Landesbauten. Drese: „Für landeseigene Neubauten und große Um- und Erweiterungsbauten ist eine Barrierefreiheit nach dem Stand der Technik vorgesehen. Wir wollen dabei auch die Gebäudeteile mit Publikumsverkehr barrierefrei gestalten, die nicht unmittelbar von den baulichen Maßnahmen selbst betroffen sind.“

Am 03. März nach Redaktionsschluss führt der Sozialausschuss des Landtages eine öffentliche Anhörung zu diesem Thema durch. Der Landesseniorenbeirat ist ebenfalls aufgefordert, seinen Standpunkt in einer schriftlichen Stellungnahme vorzulegen.

Corona-Testungen in Pflegeheimen

Erhöhung der Testanzahl für Pflege-Personal und verschärfte Schutzmaßnahmen

Am 8. Februar ist die aktualisierte „Pflege und Soziales Corona-Verordnung M-V“ in Kraft getreten. Auf Grund des hohen Infektionsgeschehens insbesondere in den vollstationären Pflegeeinrichtungen muss das Personal spätestens ab einem Inzidenzwert von 50 im örtlichen Zuständigkeitsbereich eines Landkreises beziehungsweise einer kreisfreien Stadt oder im gesamten Land nunmehr mindestens dreimal wöchentlich getestet werden. Bisher waren wöchentlich zwei Tests vorgeschrieben. „Durch die Analyse von Ausbruchsgeschehen in unserem Sachverständigenrat Pflege ist deutlich geworden, dass der wesentliche Viruseintrag durch Personal und aufsuchende Dritte erfolgt“, begründet

Sozialministerin Stefanie Drese die nochmalige Erhöhung der Testungen. „Die aktuelle Corona-Pflegeverordnung schärft daher zudem die Regelungen für das Personal, zum Beispiel durch eine dauerhafte Maskenpflicht auch in den Pausen.“

Darüber hinaus sind nach Auskunft von Drese Besuchende und Dritte wie Therapeuten oder Ärzte weiterhin stets vor Zutritt zu testen, oder sie bringen ein gültiges Testergebnis mit. Bei einem Inzidenzwert über 150 ist maximal ein Besuch pro Woche durch eine (zuvor festzulegende) Besuchsperson erlaubt.

Für die verstärkten Testungen stehen Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr als unterstützende Kräfte zur Verfügung. Außerdem hat das So-

zialministerium gemeinsam mit Verbänden und Institutionen des sozialen Bereichs mobile Test-Teams für die Alten- und Pflegeeinrichtungen sowie die Angebote der Eingliederungshilfe aufgebaut, die seit dem 1. Februar im Einsatz sind. Drese: „Wir appellieren an alle Einrichtungen sowie an die Landkreise und kreisfreien Städte, diese Hilfen auch anzufordern und in Anspruch zu nehmen.“

Ministerin Drese betonte zudem, wie wichtig die strikte und konsequente Einhaltung der Hygiene- und Schutzmaßnahmen sowie des verpflichtenden Testkonzepts sei. Hierbei solle die zuständige Heimaufsicht der Landkreise bzw. kreisfreien Städte beratend und kontrollierend noch stärker zum Einsatz kommen. ■

EhrenamtsKarte MV mit 125 Partnern

Nach fünf Monaten nutzen schon 2.150 Ehrenamtliche die Vergünstigungen

Sozialministerin Stefanie Drese zieht eine sehr positive Zwischenbilanz zur EhrenamtsKarte MV. „Mit mittlerweile 125 Partnern und 250 Angeboten entwickelt sich unsere neue landesweite Bonuskarte dynamisch und beinhaltet viele attraktive Leistungen und Vergünstigungen für Karteninhaberinnen und Karteninhaber“, sagte Drese zum Jahresende 2020. „Ich freue mich, dass wir als Landesregierung gemeinsam mit der Ehrenamtsstiftung MV und den acht MitMachZentralen solch ein schönes Angebot zur Würdigung der Leistung vieler Menschen im Land schaffen.“

Bereits über 2.150 ehrenamtlich Aktive haben die EhrenamtsKarte MV seit dem Start im August 2020 erhalten. Für den Erhalt der Karte müssen

einige Voraussetzungen erfüllt sein, wie z.B. mindestens fünf Stunden pro Woche bzw. 250 Stunden im Jahr ehrenamtliches Engagement, das kontinuierlich in den letzten drei Jahren (bei Jugendlichen zwischen 14 und



17 Jahren ein Jahr) ausgeübt wurde. Ministerin Drese zeigte sich erfreut, dass viele Unternehmen, Institutionen und Einrichtungen trotz der Corona-Krise die Ehrenamtskarte unterstützen. Zu den 125 Partnern gehören z.B. Einzelhändler, Tankstellen,

Fast-Food-Filialen, Bäckereien, Autovermieter, Krankenkassen, Restaurants, Hotels, Freizeit-, Wellness-, Kultur- und Ausflugseinrichtungen sowie Sportvereine. Drese betonte, dass die EhrenamtsKarte MV noch attraktiver werden solle. „Darán arbeiten wir auch im kommenden Jahr.“

Auf der Website www.ehrenamtskarte-mv.de finden sich detaillierte Informationen zu den Voraussetzungen zum Erhalt der Karte. Es können dort Anträge gestellt und die teilnehmenden Partner und

deren Angebote gefunden werden. Auch interessierte Unternehmen und Institutionen können über die Website direkt Kontakt aufnehmen. Kernstück ist die große Landkarte, die alle Angebote einfach und geografisch übersichtlich darstellt. ■

Unterstützung für die Pflegeeinrichtungen

400.000 Testkits und personelle Entlastung durch die Bundeswehr

Durch die zunehmenden Infektionsfälle in den Pflegeheimen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe sowie in Umsetzung der Bund-Länder-Beschlüsse hat die Landesregierung weitere Maßnahmen im Pflege- und Sozialbereich ergriffen. So trat am 16. Dezember 2020 die aktualisierte Pflege und Soziales Corona-Verordnung in Kraft. Das Land organisierte zudem zusätzliche Hilfen insbesondere für die Durchführung der Testungen.

„Wir wollen in einer gemeinsamen Kraftanstrengung unsere Pflegeeinrichtungen und besonderen Wohnformen für Menschen mit Behinderungen noch stärker schützen.

Gleichzeitig sollen die Einrichtungen geöffnet bleiben.“, betonte Sozialministerin Stefanie Drese in Schwerin.

Wichtige Änderungen bzw. Regelungen sind:

Besuchsregelungen in Pflegeheimen und besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe:

ab 7-Tages-Inzidenz von 50: ein fester Besuchender (Besuch täglich möglich)
ab 7-Tages-Inzidenz von 100: gleiche Regelungen, aber Besuch höchstens an drei Tagen pro Woche
ab 7-Tages-Inzidenz von 200: gleiche Regelungen, aber Besuch höchstens an einem Tag pro Woche

ab 21. Dezember 2020 ist ein negativer Test des Besuchenden notwendig (in der Regel PoC-Antigen-Test durch die Einrichtung); Zutritt auch bei Vorlage von PCR-Test (innerhalb 72 Stunden) möglich

Testkonzept

Für alle Pflegeeinrichtungen (einschließlich der ambulante Pflege und Tagespflege) und Angebote der Eingliederungshilfe (einschließlich besondere Wohnformen und WfbM) ist ein Testkonzept auf Grundlage der Coronatest VO verpflichtend.

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

Testpflicht des Personals

Die neue Verordnung enthält die Verpflichtung, das Personal regelmäßig zu testen: mindestens zweimal pro Woche.

Das Land beschaffte darüber hinaus 400.000 zusätzliche Testkits für die Pflege- und Behinderteneinrichtungen. Zur Durchführung der Testungen und als helfende Hände sollten außerdem Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr zum Einsatz kom-

men, die damit die Einrichtungsträger personell unterstützten. „Ich bin dem Kommandeur des Landeskommandos Mecklenburg-Vorpommern, Brigadegeneral Markus Kurczyk, sehr dankbar für die zugesagte Unterstützung“, sagte Ministerin Drese. ■

Hilfe für Pflegeeinrichtungen

Start von mobilen Test-Teams in MV

Verbände und Institutionen des sozialen Bereichs bauen gemeinsam mit dem Sozialministerium mobile Test-Teams zur Unterstützung der Alten- und Pflegeeinrichtungen bei den Testungen vor Ort (PoC-Antigen-Tests) auf. Am 1. Februar hat die zentrale Koordinierungsstelle der Johanniter-Unfallhilfe (JUH) für die Mobilen Testteams ihre Arbeit aufgenommen. „Mecklenburg-Vorpommern ist das erste Bundesland mit solch einem flächendeckenden Angebot“, betonte Sozialministerin Stefanie Drese zum Start des Projekts. „Mit den mobilen Teams erhalten die durch Corona stark belasteten Einrichtungen der Pflege und Eingliederungshilfe gezielte Hilfe bei den notwendigen engmaschigen Testungen vor Ort.“

Aufgrund des hohen Infektionsgeschehens besteht nach der Corona-Virus-Testverordnung und der Pflege und Soziales Corona-Verordnung M-V eine umfangreiche Test-Verpflichtung für Personal und Besucher. „Da diese Bestimmungen nach aktuellem Stand noch über längere Zeit bestehen und damit ein erheblicher Mehraufwand in den stationären Einrichtungen entsteht, steuern Sozialministerium MV und Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. schon jetzt den voraussichtlichen Engpässen entgegen“, sagt Dominic Fricke, Mitglied des Regionalvorstandes der Johanniter-Unfall-Hilfe in MV.

Die Test-Teams werden von Mitarbeitern anerkannter Hilfsorganisationen und weiterer Einrichtungen gebildet,

die hierfür über entsprechende Erfahrungen verfügen. Sie werden jeweils regional eingesetzt. Die JUH organisiert dabei die Einsatzteams und die Einsatzzeiten an zentraler Stelle und dokumentiert die Testungen und Testergebnisse. Das bedeutet eine große Entlastung für die Einrichtungen, denn die Personalsituation im Pflegebereich ist bereits jetzt – beispielsweise durch Erkrankungen oder Quarantänesituation – belastet. Räumlichkeiten zur Durchführung der Testungen sowie Testmaterial und persönliche Schutzausrüstung werden durch die anfordernden Institutionen/Einrichtungen gestellt. Die Kosten der Koordinierungsstelle werden zentral durch das Land M-V übernommen. ■

PflegeMesse und Landespflegekongress

Im Jahr 2021 können beide Veranstaltungen nicht stattfinden

Die im Mai in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock geplante PflegeMesse findet nicht statt. Davon betroffen ist auch der in die Messe integrierte Landespflegekongress. Darauf haben sich die „in Rostock GmbH Messen, Kongresse & Events“ als Veranstalter und der Landespflegeausschuss unter Vorsitz des Ministeriums für Soziales, Integration und Gleich-

stellung verständigt. Einen Ersatztermin im Jahr 2021 wird es aufgrund der unsicheren Perspektive und der notwendigen Vorlaufzeit nicht geben. Die nächste PflegeMesse mit dem Landespflegekongress wird damit im September 2022 stattfinden. Die PflegeMesse hat sich als Fach- und Kongressmesse für Reha, Therapie und Pflege seit 2011 zum füh-

renden Pflegetreffpunkt in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt. Rund 3.500 Fachbesucherinnen und -besucher kommen in die HanseMesse Rostock, um sich über innovative Lösungen und zukunftsweisende Produkte und Dienstleistungen im Pflegebereich zu informieren. Außerdem bietet die PflegeMesse ein abwechslungsreiches Begleitprogramm. ■

Man erlebt nicht das, was man erlebt, sondern wie man es erlebt

Wilhelm Raabe (1831-1910), deutscher Erzähler

Bildung belebt

Die Seniorenhochschule kann jetzt von jedermann digital besucht werden

Die Hochschule Neubrandenburg bietet Vorträge zu Themen aus Wissenschaft und Forschung speziell für Senioren an, unabhängig von deren Bildungsgrad. Seit Anfang des Jahres wird das Programm in digitalem Format übertragen. Themen im Januar und Februar waren „Sarkopenie: alters- und krankheitsbedingter Muskelschwund“, „Gesünder durch Enga-



Foto: Hochschule Neubrandenburg

gement – engagiert für Gesundheit“ und „Können wir mit Algen die Welt retten?“.

Eine Anmeldung für die Vorlesungen ist nicht notwendig. Die Teilnahme erfolgt nach Wahl des Vortragsthemas im „Veranstaltungskalender“ auf www.hs-nb.de. Bei technischen Fragen gibt es Hilfe unter der Rufnummer 0395/56 93 11 20. ■

Erinnern, Betrauern, Wachrütteln

Landesweite Gedenkveranstaltung 2021 fand digital statt

Seit 2008 wird im Rahmen der Veranstaltungsreihe ERINNERN, BETRAUERN, WACHRÜTTELN jährlich in Mecklenburg-Vorpommern der Menschen mit seelischen, geistigen und körperlichen Behinderungen gedacht, die im Nationalsozialismus aus diesen Gründen zwangssterilisiert oder im Rahmen der „NS-Euthanasie“ in Mecklenburg und Vorpommern ermordet wurden.

Auch in diesem Jahr erinnerte der Landesverband Sozialpsychiatrie M-V am 27. Januar an das Schicksal der Opfer des Nationalsozialismus. Erstmals widmete sich diese Veranstaltungsreihe den jüngsten Opfern der



Mahnmal auf dem Gelände des Schweriner Helios-Klinikums.

„NS-Euthanasie“, den Kindern und Jugendlichen mit seelischer, körperlicher und geistiger Beeinträchtigung. Wie so vieles anderes konnte auch die diesjährige Veranstaltung nur weitestgehend virtuell stattfinden. Im kleinen Kreis wurde stellvertretend für alle Teilnehmenden am Vortag am Mahnmal auf dem Gelände des Schweriner Helios-Klinikums eine Andacht abgehalten und eine Kranzniederlegung durchgeführt. Eine Reihe von Grußworten und Videos konnten online gelesen und betrachtet werden, darunter ein Vortrag über das Kinderheim Lewenberg 1867-1943. ■



14. EhrenamtMessen 2021

Veranstaltung findet erstmals in digitaler Form statt

SICH ENGAGIEREN
ETWAS BEWEGEN

Seit mittlerweile 14 Jahren finden im Land M-V EhrenamtMessen statt. Sie geben Vereinen und Initiativen die Möglichkeit der Präsentation ihrer Angebote, haben das Potenzial, Engagierte für ein Ehrenamt zu gewinnen und dienen dem Erfahrungsaustausch und der Netzwerkbildung unter den regional agierenden Vereinen und Initiativen. In diesem Jahr feiern die EhrenamtMessen im

Land M-V am 29. Mai 2021 an der Hochschule Neubrandenburg das 14. Jubiläum. Allerdings nicht, wie in den Vorjahren üblich, als Präsenzveranstaltung, sondern coronabedingt als digitale EhrenamtMesse. Das ist ein Novum. Die Vorbereitungen dazu, die die Mitglieder der „Landesarbeitsgemeinschaft EhrenamtMessen“ gemeinsam mit den MitMachZentralen und der Ehrenamtsstiftung M-V leisten, sind

in vollem Gange. Auch der Landesessenorenbeirat M-V ist beteiligt. Vereine, Verbände und Initiativen im Land M-V sind aufgerufen, aktiv mitzugestalten, ob durch Live-Streams oder mittels audiovisueller Vereinsporträts. Diese werden auf der neuen Web-Plattform ab Mai 2021 allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern präsentiert, um Men-

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

schen für ein Ehrenamt zu gewinnen. Klar ist, je mehr Vereine sich an der Digitalen EhrenamtMesse beteiligen, desto erfolgreicher ist die gemeinsame Arbeit. Deshalb wünschen sich die Organisatoren in dieser ersten Phase:

- Tauschen Sie sich im Verein zu unserem Anliegen der Digitalen EhrenamtMesse aus

- Überlegen Sie sich, ob sich Ihr Verein vorstellen kann, sich bildlich auf unserer Webseite zu präsentieren
- Teilen Sie unsere geplanten Vorhaben durch Information weiterer Vereine in Ihrem Umfeld
- Bringen Sie Ihre Fragen und Anregungen in unsere Arbeit ein: wir sind seit Februar täglich erreichbar: Telefon: 0385/5 91 47-13, E-Mail: ehrenamt@drk-mv.de

Die digitale EhrenamtMessen sind eingebettet in die 2. Engagement-Fachtage (vom 26.-28.05.2021) und in die Verleihung der Engagementpreise des Landes M-V, die am 5. Juni 2021 stattfindet.

Das Land M-V unterstützt die Digitale EhrenamtMesse 2021 mit einem Sachkostenzuschuss.

Webseite + Anmeldung:

www.ehrenamtessen-mv.de

10 Jahre Pflegestützpunkt Pasewalk

Ein Modellprojekt hat sich bewährt



Im März 2011 nahm in Pasewalk der erste Pflegestützpunkt Mecklenburg-Vorpommerns seine Arbeit auf. Allein im vergangenen Jahr führten die drei Pflegeexperten rund 1.700 Gespräche und Beratungen durch. Insgesamt hatte der Pflegestützpunkt seit 2011 ca. 13.000 Kontakte mit umfangreicher Beratung. Der Seniorenkurier sprach mit Ralf Limp, Sozialberater der ersten Stunde im Pflegestützpunkt Pasewalk.

10 Jahre Pflegestützpunkt. Was bedeutet das für Sie?

Ralf Limp: Wie die Zeit vergeht – tatsächlich wurde vor zehn Jahren, am 30. März 2011, unser Pflegestützpunkt (PSP) als erster seiner Art in MV geöffnet. Seitdem hat die Nachfrage nach Beratung im Land mächtig an Fahrt aufgenommen. Kurz nach unserer Gründung wurden schnell zwei weitere Pflegestützpunkte in Rostock und Güstrow eingerichtet. Heute gibt es insgesamt neunzehn – also mindestens zwei Stützpunkte in jedem Landkreis. Aus Sicht der Mitarbeitenden in den Stützpunkten war schon nach kurzer Zeit klar: hier hat die Landespolitik gemeinsam mit Kranken- und Pflegekassen sowie Kommunen eine gute Entscheidung getroffen, denn

der Bedarf an Pflegeberatung ist immens. Deshalb sind die Beratungsstellen auch eine feste Anlaufstelle für jeden pflegebedürftigen Menschen und dessen Angehörige in der Region. Die Beraterinnen und Berater, die sich für die Arbeit im Pflegestützpunkt entschieden haben, sind nach wie vor mit Freude dabei. Einige sind wie ich von Anfang an dabei und echte Urgesteine, so mein Kollege Peter Zander und meine Kollegin Maren Krüger. Unabhängig wie lange jede oder jeder dabei ist – wir alle sind froh und auch ein wenig stolz, dass wir seit der ersten Stunde an dieser positiven Entwicklung mitwirken konnten.



Die drei Pflegeexperten des PSP Pasewalk (von links): Ralf Limp, Maren Krüger und Peter Zander

Was zeichnet aus Ihrer Erfahrung den PSP Pasewalk aus?

Ralf Limp: Die Besonderheit in unserem Land ist, dass die Pflegestützpunkte gemeinsam und zu gleichen Teilen

von den Kranken- und Pflegekassen im Land sowie den Landkreisen und kreisfreien Städten getragen werden. Deshalb können die Mitarbeitenden eine Rundum-Beratung zu allen Themen in der Pflege anbieten, sozusagen als Beratung aus einer Hand. Die Pflege- und Sozialberater beraten kostenlos und neutral, begleiten die Pflegebedürftigen und Ihre Angehörigen vom ersten Kontakt bis zur Umsetzung der Lösung ihres individuellen Problems. Wir koordinieren alle für Versorgung und Betreuung wesentlichen pflegerischen und sozialen Unterstützungsangebote und vieles mehr. Seit Herbst 2019 sind wir auch Servicestelle für ehrenamtlich engagierte Nachbarschaftshelfer. Insgesamt sind das sehr anspruchsvolle Aufgaben – aber welche, die viel Spaß machen. Es ist schön, Menschen zu helfen.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Ralf Limp: (lacht) Ganz klar – wenn wir einmal zehn Jahre nach vorne schauen, dann wünschen wir uns als Team Pflegestützpunkte Pasewalk einfach noch mehr Arbeit. Deshalb ist es unser gemeinsames Ziel nach zehn Jahren erfolgreicher Arbeit, unsere Angebote und Kompetenzen noch bekannter zu machen, damit noch mehr Betroffene von unseren umfangreichen Beratungsangeboten profitieren können. ■

Bürger-Ideen sind gefragt!

Online-Bürgerbeteiligung zu „MV 2030 mitdenken“

Im September 2015 unterzeichneten alle 193 UN-Mitgliedsstaaten die Agenda 2030. In deren Mittelpunkt stehen 17 UN-Nachhaltigkeitsziele. Mit ihrem Erreichen sollen bis 2030 Armut und soziale Ungleichheit beseitigt sowie die Lage von Klima, Artenvielfalt und Menschenrechten verbessert werden. Im Herbst 2016 hat Deutschland mit dem Klimaschutzplan 2050 die im Pariser Abkommen von 2015 geforderte Langfriststrategie zum Klimaschutz vorgelegt. Bis zum Jahr 2050 will Deutschland „weitgehend treibhausgasneutral“ werden. Bis 2030 sollen hierfür die Treibhausgase um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 reduziert werden. Im Klimaschutzgesetz (KSG) vom Herbst 2019 werden diese allgemeinen Ziele durch konkrete Minderungsvorgaben für einzelne Sektoren und Fachressorts festgeschrieben.

Für Mecklenburg-Vorpommern ergibt sich somit ein doppelter Handlungsrahmen: Einerseits die Umsetzung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele, anderer-

seits der Beitrag für das Erreichen der nationalen und globalen Klimaziele in und durch Mecklenburg-Vorpommern. Durch die seit Ende 2019 bestehende Covid19-Pandemie ist die Notwendigkeit für themen- und ressortübergreifende Lösungen dringlicher denn je geworden. Eine Vielzahl von Herausforderungen muss nun kurzfristig und gleichzeitig angegangen werden. Diese Aufgabe ist weder aus einzelnen Ministerien heraus noch durch Politik und Verwaltung allein zu bewältigen und zu vermitteln. Hierfür bedarf es eines übergreifenden Diskussions- und Lösungsprozesses mit weiteren Teilnehmenden aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft.

Die MV Zukunftsstrategie ist ein vielschichtiger Prozess der Experten- und Bürgerbeteiligung. Ziel ist es, die notwendige Transformation und den erforderlichen Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit und zur Erreichung der Pariser Klimaziele zu gestalten.

Gesucht werden nun Gedanken und Lösungsvorschläge der Bürger für ein wirtschaftlich fortschrittliches, ökologisch stabiles und sozial gerechtes MV 2030. Im Rahmen des digitalen Angebots zur MV Zukunftsstrategie für Bürgerinnen und Bürger wird eine Online-Beteiligung ermöglicht. Hier können Ideen und Lösungsvorschläge für ein wirtschaftlich fortschrittliches, ökologisch stabiles und sozial gerechtes MV 2030 eingebracht werden. Die Beiträge werden nach Prüfung auf Datenschutz- und Nutzungsbedingungen auch veröffentlicht. Sie werden im Zukunftsreferat der Staatskanzlei gelesen und bei Bedarf moderiert. Die im Verlauf der mehrstufigen Online-Bürgerbeteiligung gewonnenen Erkenntnisse werden im Frühjahr 2021 ebenfalls der Landesregierung zur Prüfung und Vorbereitung von Entscheidungen zugeleitet. Hieraus sollen Eckpunkte der MV Zukunftsstrategie und ein Prozess ihrer Fortschreibung bis 2030 entwickelt werden.

Mitmachen im Internet auf „mv2030.mitdenken.online“.

Demenz Partner Digital

Schulungsangebot der Deutschen Alzheimer Gesellschaft in M-V jetzt auch online

Während der Corona-Pandemie hat das Kompetenzzentrum der Deutschen Alzheimer Gesellschaft LV M-V e.V. sein Schulungsprogramm „Demenz Partner“ digitalisiert. Damit können trotz der Kontaktbeschränkungen die Kurse und auch ein neues Format, der Demenz Partner Workshop, weiterhin durchgeführt werden.

Der Demenz Partner Kurs vermittelt neben Informationen zum Krankheitsbild wertvolle Tipps zum Umgang mit Menschen mit Demenz. Teilnehmende an der Schulung werden Demenz Partner und damit Teil einer deutschlandweiten Kampagne. Als Teilnahme-



**Deutsche Alzheimer Gesellschaft
Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Selbsthilfe Demenz**

bestätigung schickt die Demenz Partner-Initiative der Deutschen Alzheimer Gesellschaft eine Urkunde zu. Damit wird signalisiert, dass man mehr wissen will über Demenz und die Alzheimererkrankung. Das Verständnis der Besonderheiten hilft, auf Menschen mit Demenz zuzugehen bzw. angemessen zu reagieren.

In Mecklenburg-Vorpommern wurden durch das Kompetenzzentrum bereits vor der Corona-Pandemie über 600 Menschen geschult. Dazu gehören Senioren und Ehrenamtliche, Mitarbeitende in Institutionen, Verkehrsbetrieben und Studenten der Polizeifachschule.

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

Um auch unter den aktuellen Bedingungen dieses Angebot für die Öffentlichkeit aufrecht zu erhalten, wurden die Kurse jetzt digitalisiert und können aktuell mit Hilfe eines Videokonferenzsystems durchgeführt wer-

den. Interaktive Elemente gestalten das neue Online-Angebot interessant und abwechslungsreich. Es wird bereits gut angenommen. So waren zum Beispiel ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die sich im Verein IN VIA e.V. um alleinlebende Menschen im Quartier kümmern, dankbar, dass

somit trotz der Corona-Pandemie viel Wissenswertes und Hilfreiches vermittelt werden konnte.

Gemeinsam mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband M-V wurde zusätzlich ein erweitertes Angebot entwickelt. Im Rahmen eines vierstündigen Workshops wurden Jugendliche im Rahmen ihres Bundesfreiwilligenjahres digital geschult. Auch die Arbeiterwohlfahrt M-V hat dieses Angebot dankend wahrgenommen. Das Feedback seitens der Teilnehmenden der Verbände war sehr gut. Mit diesem neuen Schulungsformat können somit zunehmend auch jüngere Menschen an das Thema Demenz herangeführt werden.

Weitere Info: Kompetenzzentrum Demenz M-V, Dr. Armin Keller und Marina Stark-Drenkhahn, Tel.: 0381/20 87 54-03/04, www.alzheimer-mv.de



Die Mitarbeiter des Kompetenzzentrums Demenz Dr. Armin Keller und Marina Stark-Drenkhahn führen die digitalen Schulungsangebote durch.

Akut- und rehabilitative Versorgung

Verein zur Vernetzung und Förderung geriatrischer Versorgungsformen

Bedingt durch den demografischen Wandel steigt der Versorgungsbedarf älterer Menschen, die Ressourcen bleiben aber begrenzt. Über eine Strukturierung der vorhandenen Angebote will der Förderverein GERIO e.V. aus Tessin Ressourcen-Klarheit schaffen.

Sein Hauptaugenmerk liegt auf der Optimierung der akut- und rehabilitativen Versorgung geriatrischer (alter) Patienten durch Vernetzung von Angeboten zur geriatrischen Versorgung in der Region Rostock. Ziel ist es, die Darstellung und Förderung geriatrischer Versorgungsformen aktiv zu gestalten. Zum Förderverein gehört ein anerkannter Betreuungsverein, in dem drei gerichtlich bestellte Berufs-Betreuerinnen sich um Personen kümmern, die aufgrund von Krankheit und Behinderung ihre persönlichen Angelegenheiten nicht alleine besorgen können. Zu den Betreuten zählen auch viele ältere Menschen.



GERIO

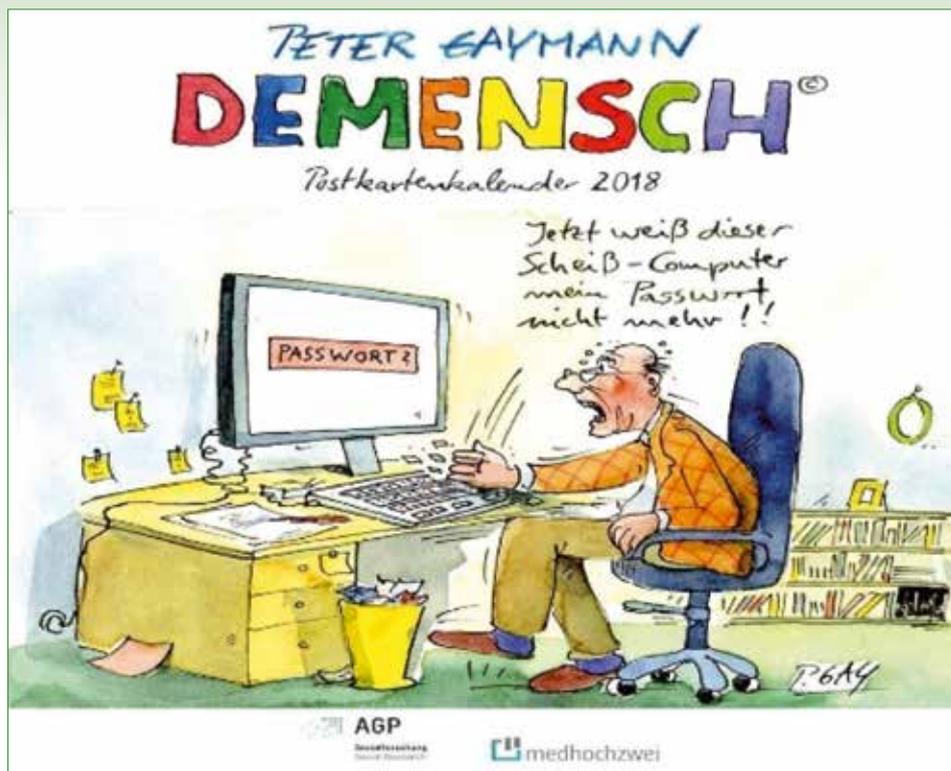
GERIO-Mitglieder sind in den verschiedenen Sektoren der geriatrischen Versorgung tätig – gemeinsam wird Schritt für Schritt ein geriatrischer Versorgungsverbund aufgebaut. Dazu gehören Arztpraxen, ambulante Pflegedienste, Therapiepraxen, Krankenhäuser, eine Reha-Klinik, Pflegeheime – aber auch wichtige Verbände wie die deutsche Alzheimer Gesellschaft M-V und regionale Partner wie der Landkreis Rostock oder die Stadt Tessin.

In der täglichen Arbeit mit älteren Menschen entwickeln die Akteure ständig neue Ideen zur Verbesserung der geriatrischen Versorgung. Diese Ideen werden nach und nach in konkrete Projekte verwandelt und von Arbeitsgruppen innerhalb des Netzwerkes erarbeitet. So entsteht aus einer

Idee ein weiterer Schritt zu einer verbesserten Versorgung.

Eines der großen Projekte ist die Mitarbeit an der **geriatrischen elektronischen Fallakte**, die landesgefördert ist. Bei der Überleitung und Entlassung von Patienten kommt es an den Schnittstellen häufig zum Verlust wichtiger Informationen (Befunde, Rezepte). Die Elektronische Fallakte eines Patienten bietet eine strukturierte Sicht auf alle relevanten Dokumente der involvierten Ärzte und Leistungserbringer – von Arztbriefen, Befunden und OP-Berichten bis zum Röntgenbild.

Ein weiteres Herzensprojekt ist die **Wanderausstellung** von Peter Gaymann, die durch Fördergelder aus der NDR-Benefizaktion „Hand in Hand für Norddeutschland“ von der Deutschen Alzheimer Gesellschaft Landesverband M-V e.V., finanziert wurde und allen interessierten Ausstellern und Besuchern kostenfrei zur Verfügung steht.



Copyright Peter Gaymann, www.demensch.gaymann.de

Die Initiatoren möchten den Umgang mit Demenz auf eine humorvolle Art erleichtern und zu mehr Achtsamkeit, Verständnis und Toleranz für Menschen mit Demenz beitragen.

Mit dem Projekt **längerer Verbleib in der Häuslichkeit** ist es GERIO gelungen, einen Sportplatz zum Thema Sturzprävention auf dem Gelände der Tessinum GmbH in Tessin durch die



Förderung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie durch Spenden, zu errichten. Seit 2018 wird dieser von älteren Menschen aus Tessin gern genutzt. Hier gilt, je fitter ältere Menschen sind, umso seltener stürzen sie. Und umso länger können sie in ihrer Häuslichkeit verbleiben. Darum wird ihre sportliche Aktivität gefördert. Ein weiteres Projekt ist das Entwickeln von Angeboten zur **Aus-, Fort- und Weiterbildung** zu geriatrischen Themen für Fachpersonal wie Ärzte und Pfleger. Desweiteren sind Demenzpartner-Schulungen im Angebot. Hier finden Fortbildungen zum Thema Demenz für Menschen statt, die in ihrem Beruf regelmäßig auf Erkrankte treffen, dies aber nicht Teil ihrer beruflichen Ausbildung ist, wie z.B. bei Polizisten oder Bankangestellten.

Schließlich gibt es eine **Selbsthilfegruppe für pflegende Angehörige**. Sie bietet pflegenden Angehörigen die Möglichkeit, sich im kleinen Kreis über Erfahrungen auszutauschen und Fragen an Gleichgesinnte zu stellen.

Weitere Informationen gibt es auf der Website gerio.de oder bei der Netzwerkkoordinatorin Anna Maria Tschirner unter 0162 4307573 oder a.tschirner@gerio.de.

180.000 Euro für die Medienbildung

Medienanstalt M-V fördert auch 2021 viele Projekte und Bürgermedien

Die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern (MMV) fördert in diesem Jahr eine Reihe von Projekten und Bürgermedien im ganzen Land, in denen Medienbildung und Medienkompetenz vermittelt werden. Das hat der Medienausschuss Mecklenburg-Vorpommern (MAMV), das Entscheidungsgremium der Medienanstalt, auf seiner Sitzung am 27. Januar 2021 entschieden. Für das Jahr 2021 stehen insgesamt rund 180.000 Euro zur Verfügung. Gefördert werden Projekte für Kinder, Jugendliche, Erwachsene sowie Seni-

orinnen und Senioren, in denen u.a. Computerspiele, Programmierung, Algorithmen, das Internet und die sogenannten sozialen Netzwerke thematisiert werden. Begleitend zu den Chancen und Möglichkeiten in diesem weiten Themenfeld werden aber auch Risiken beim Datenschutz aufgezeigt sowie Mediensuchtverhalten und Cybermobbing behandelt. Unterstützt werden auch Projekte, in denen der praktische Umgang mit Kameras, Licht und Aufnahmegeräten erlernt werden kann, um Fernseh-

und Filmbeiträge bzw. eigene Radiosendungen zu produzieren. Diese können dann z.B. in den Programmen der „Offenen Kanäle“ der Medienanstalt gesendet oder für Online-Medien – wie Blogs, YouTube oder Vimeo – genutzt werden. Dabei lernen die Teilnehmenden, wie unterschiedliche Medien funktionieren und wirken, wie man kritisch mit Medien umgehen sollte und welche medialen Manipulationen möglich sind.

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

Die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern fördert zudem lokale Bürgermedien im Land. Hier können In-

teressierte u.a. eine unabhängige journalistische Berichterstattung erlernen und praktizieren. Bürgermedien fördern neben der Medienkompetenz den gesellschaftlichen Mei-

nungs- und Willensbildungsprozess und sind aktiver Kern eines jeden demokratischen Gemeinwesens.

Weitere Informationen:

www.medienanstalt-mv.de

Die Welt im Wohnzimmer – ein Balance-Akt

Landesarbeitsgemeinschaft Senior*innenpolitik nimmt Herausforderung an

An einem Wochenende im Februar 2021 stelle ich fest: Der Kalender für das Jahr ist immer noch ungewöhnlich leer. Hinter den wenigen Terminen stehen Fragezeichen. Doch steht die Arbeit von und mit Seniorinnen und Senioren nicht still, auch wenn sie eher im Stillen stattfindet.

Im Verlauf der letzten 12 Monate hat sich die Arbeit der Gemeinschaft immer stärker auf die digitalen Medien gestützt. Zug um Zug sammelten die Mitglieder dabei Erfahrungen bei der Nutzung von Online-Vorträgen und Teilnahme an Video-Konferenzen. Ohne Zugang zu den gewohnten Versammlungs-Orten und Räumlichkeiten erprobten wir erstmals Treffen in virtuellen „Tagungsräumen“. Dabei konnte bei unterschiedlicher Technik-Ausstattung der Teilnehmer zumindest eine telefonische bzw. Audio-Verbindung miteinander erreicht werden. Jetzt besitzen wir auch die Voraussetzungen für die unmittelbare Diskussion und Beschlussfassung unseres Arbeitsplanes, in dem es neben den sozialen Dauer-Themen, wie



Februar-Ausflug im Landkreis Rostock – Pause vom Bildschirm.

Foto: Privat

solidarische Rentenversicherung und Pflege- als Vollversicherung, diesmal etwa auch um weitere Angebote zur Impfbegleitung Hochaltriger gehen soll.

Nunmehr sind PC, Tablet oder Smartphone zum unentbehrlichen Arbeitsgerät geworden, so auch beim Aufgreifen des Angebots der AOK zur Sturzprävention (siehe Seniorenkurier 4/2020), das wir möglichst vielen Älteren in unserem Wirkungskreis nahebringen wollen.

Unmerklich beanspruchen dabei die digitalen Helfer einen immer größeren Teil unseres Zeit-Budgets.

Ein Nebenerwerb am Wochenende gibt mir Gelegenheit zum „Umschalten“ und den Blick von der 30-Zentimeter-Distanz zu lösen. Eine Dienstreise durch den Landkreis lässt den Blick in die Ferne schweifen. Nach der Rückkehr zeigt mir meine Frau einen Presse-Artikel zur zunehmenden Kurzsichtigkeit von heranwachsenden Kindern. Ich denke an unsere Enkelin im Vorschulalter ...

Klaus Röber

Landesarbeitsgemeinschaft

Senior*innenpolitik

der Partei DIE LINKE MV

Leserbrief

Die Pandemie ist ein hinterlistiger Weltkrieg

Die Menschen werden unbewusst durch das Virus zum Waffenträger, können damit andere allein durch Anpusten außer Gefecht setzen, ohne dass man es dabei bemerkt. Der Getroffene wird krank, bekommt nachhaltige Schäden oder stirbt. Man bemerkt keine Bedrohung, sucht keine Schutzräume auf. Nur wer ein großes

Anwesen hat, kann dort wie in einem Bunker ausharren, ohne getroffen zu werden. Dieser Krieg ist hinterlistiger als der zweite Weltkrieg. Man spürt nichts, bis es zu spät ist, man hört keine Geschosse und Sirenen und trotzdem ist höchste Alarmstufe. Alle Gebäude bleiben unbeschädigt, nur Menschen werden ausgelöscht. Es herrscht na-

tionaler Notstand, doch dafür ist unser Grundgesetz nicht ausgelegt, weil man nach dem 2. Weltkrieg auf dauerhaften Frieden hoffte. Andere Länder haben schon längst das Kriegsrecht gegen das Virus ausgerufen, um gegen den nationalen Notstand geeig-

Fortsetzung auf Seite 20



Vitanas

LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Kurz- und Langzeitpflege | Spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | JuP (Junge Pflege) | Probewohnen
Mitbringen Ihrer privaten Möbel | Reinigungsservice für Ihre Wäsche
Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in die Umgebung
Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen
Wir kochen täglich frisch für Sie

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.
WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.**

Länger
besser
leben!

Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark
Am Tierpark 6 | 17373 Ueckermünde
☎ (039771) 201 - 0 | www.vitanas.de/amtierpark

Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 40 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 563 98 - 0 | www.vitanas.de/amkulturpark

Vitanas Generationenhaus Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 28 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 425 62 - 100 | www.vitanas.de/amkulturpark

Fortsetzung von Seite 18

nete Maßnahmen ergreifen zu können.

Wie war das nach dem 2. Weltkrieg? Die Schulen waren geschlossen, die Wirtschaft war zerstört, alle waren arbeitslos, es gab keine Regierung, die mit Geld helfen konnte. Trotzdem haben wir die Wirtschaft neu aufbauen können. Wegen der Schulschließungen 1945 haben wir keinen nicht mehr aufzuholenden Bildungsschaden bemerkt. Auch der Aufbau der Wirtschaft hat trotz des totalen Zusammenbruchs und trotz der damaligen Bildungspause geklappt. Das Resultat ist unser heutiger Wohlstand. Jeder hat eben das versucht was damals möglich war, und heutzutage ist weitaus mehr möglich. Wer etwas lernen will, findet auch einen Weg.

Heute leben wir nach einem Grundgesetz, das vieles verbietet, was notwendig wäre. Richter setzen notwendige Entscheidungen außer Kraft, weil es ihnen nicht angemessen erscheint. In der föderalen Bundesrepublik zerfällt die einstimmige Handlungsstrategie,

weil jeder Kleinstaat es seinen Bürgern im politischen Alleingang recht machen will, um die politische Macht zu behalten. Werden in einzelnen Regionen, die bei offenen Grenzen miteinander verkehren, unterschiedliche demokratische Entscheidungen gefällt, führt das – wie sich gezeigt hat – in einer globalisierten Welt grundsätzlich zu Unfrieden zwischen den Menschen in den betroffenen Regionen.

Der Staat hat die Aufgabe übernommen die Menschen zu schützen, hat aber keine ausreichende Sachkenntnis, wie man es von einem Machtorgan bei einem Notstand erwarten sollte. Die einzigen Sachkundigen sind die Virologen, aber sie sind machtlos, wenn ihre Strategien nicht befolgt werden. Der Staat will die Gesundheit der Menschen und die Wirtschaft zugleich beschützen, um den Wohlstand der Gesellschaft zu erhalten. Ich glaube nicht, dass das bei zunehmenden Schäden durch die Pandemie funktioniert. Wir haben nach dem 2. Weltkrieg erfahren, dass Menschen auch aus Ruinen wieder auferstehen können und sich neuen Wohlstand schaffen. Deshalb muss

immer vordringlich die Gesundheit der Menschen geschützt werden, weil wir nur mit der Kraft der Menschen etwas wiederaufbauen können.

Corona-Gegner treten wie neue Milizen auf, die ihren Wohlstand nicht aufgeben wollen und damit eine Bewaffnung mit Viren vorantreiben. Ihrem Schrei nach Freiheit wird der Tod vieler Menschen folgen, wenn der Staat es nicht zeitnah schafft, diesem Treiben Einhalt zu gebieten, um das Virus schnell außer Gefecht zu setzen. Ich warne davor: Es kann sich auch eine Situation ergeben, durch die sich eine Demokratie selbst durch das Beharren auf seinen teils unangemessenen Regeln zerstört.

Die Pandemie besitzt Waffen, die alle Menschen dieser Erde auslöschen können. Wir glaubten Frieden zu haben und bekommen nun den ärgsten Feind zu spüren, gegen den wir letzten Endes machtlos sind – warum? Weil wir uns von unserem Wohlstand nicht trennen wollen. Es gibt keine Ruinen wie damals, nur Särge lassen heute erkennen, was passiert.

Prof. Dr. Dr. Helmut Pratzel, Sarow

BLICK ZUM NACHBARN – BRANDENBURG

Seniorenbeirat in Perleberg neu aufgestellt

Vor einem Jahr hat sich ein neuer Vorstand des Seniorenbeirats in der Rolandstadt Perleberg gebildet, der allen Widrigkeiten der Pandemie mit ihren Lockdowns zum Trotz seine Arbeit vorbereiten und rückblickend viele Ziele praktisch umsetzen konnte. In ihrer Ausgabe vom 5.1.2021 berichtet „Der Prignitzer“ über die Anstrengungen der vier Seniorinnen und Senioren, ihrem Beirat bei seltenen persönlichen Treffen, dafür umso mehr per Telefon und E-Mail zunächst eine Geschäftsordnung zu geben, was bis Mitte des Jahres abgeschlossen werden konnte. Damit erfolgte auch die Verankerung in der Hauptsatzung der Stadt Perleberg mit entsprechender

Rechtssicherheit nach der Kommunalverfassung. Der Vorstand wird also künftig verstärkt an Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse teilnehmen. Erste Gespräche gab es dazu auch schon mit der Bürgermeisterin Annett Jura.

Für besonders wichtig wird die Öffentlichkeitsarbeit der Seniorenvertretung erachtet. Ein eigenes Logo wurde entwickelt, ein Flyer gedruckt, mit dem der Seniorenbeirat auf sich und seine Arbeit aufmerksam macht, dazu stehen eine Messetheke, ein Roll-Up-Banner sowie ein Messeschirm mit Logo für den Einsatz bereit.

Mit dem Mehrgenerationenhaus „Perletreff“ konnte eine Kooperationsver-

einbarung abgeschlossen werden mit dem Ziel der gegenseitigen Unterstützung und der Nutzung der Räumlichkeiten für Sitzungen des Seniorenbeirats sowie zur Abhaltung dessen Sprechstunden.

Gelobt wird die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, die dem Beirat einen Laptop und einen Drucker zur Verfügung stellte. Damit ist der Perleberger Seniorenbeirat jetzt gut gerüstet, um bei den bevorstehenden Lockerungen der Corona-Maßnahmen Veranstaltungen durchführen zu können. Geplant sind Aktivitäten zu Verkehrssicherheit und Mobilität sowie zu Fragen älterer Menschen und Digitalisierung. ■

Pflegestützpunkte in Corona-Zeiten

Schulung der Nachbarschaftshelfer*innen als Online-Kurse



In Zeiten der Corona-Pandemie sind ältere und pflegebedürftige Menschen besonderen Belastungen durch Kontaktbeschränkungen ausgesetzt. Seit über einem Jahr sind in unserem Bundesland ehrenamtliche Nachbarschaftshelfer für Pflegebedürftige (NBH) im Einsatz. Die ehrenamtlichen Helfer werden im Rahmen von Schulungsangeboten auf der Grundlage der „Unterstützungsangebotelandsverordnung“ qualifiziert. In einem Grundkurs erhalten sie allgemeine Kenntnisse im Umgang mit dem Betreuten,

Orientierung in der Rolle des Nachbarschaftshelfers sowie Erläuterungen zur Abrechnung mit den Pflegekassen. Die Nachbarschaftshelfer*innen können beispielsweise im Haushalt unterstützen, zum Arzt und zu Behördenbesuchen begleiten, vorlesen oder gemeinsame Spaziergänge anbieten. Die Teilnahme an einem Grundkurs für die Nachbarschaftshelfer ist Voraussetzung zur Nutzung des Entlastungsbetrages nach § 45 b SGB XI für einen Pflegebedürftigen.

Wichtig ist: Die Schulungsmaßnahmen und Kurse werden auch in Zeiten von Kontaktbeschränkungen wegen der aktuellen Corona-Pandemiebekämpfung als Online-Kurse fortgesetzt.

Deshalb stehen die 19 Pflegestützpunkte in Mecklenburg-Vorpommern für Fragen zur Nachbarschaftshilfe zur Verfügung und beraten die Ratsuchenden beim Thema der Qualifizierung zum Nachbarschaftshelfer. Die Vorsitzende des Kreissenorenbeirats NWM, Karin Lechner, bekräftigt: „Es ist zu begrüßen, dass alle, die im Ehrenamt eine Nachbarschaftshilfe ausüben möchten, zeitnah und in den unterschiedlichsten Formen, so auch Online ein Angebot erhalten.“

Die Termine für die Grundkurse in Mecklenburg-Vorpommern stehen bis März 2021 fest. Anmeldungen zur Teilnahme nehmen die Pflegestützpunkte (www.pflegestuetzpunktemv.de) entgegen.

Die Pflegestützpunkte in Mecklenburg-Vorpommern

Die Pflegestützpunkte sind neutrale und kostenlose Beratungsstellen für Pflegebedürftige, für von Pflegebedürftigkeit bedrohte Menschen, für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen. Wir beraten und unterstützen Sie wohnortnah und individuell bei allen Fragen zur Pflege. Zögern Sie nicht uns anzurufen!

Landkreis Ludwigslust-Parchim	
Garnisonsstr. 1, 19288 Ludwigslust	03871/722-5094
Putlitzer Str. 25, 19370 Parchim	03871/722-5092
Sprechtag am 1. Mittwoch im Monat auch in Boizenburg und Sternberg	

Landkreis Nordwestmecklenburg	
Rostocker Straße 76, 23970 Wismar	03841/3040-5082
Börzower Weg 3, 23936 Grevesmühlen	03841/3040-5080
Sprechtag donnerstags auch in Gadebusch	

Landkreis Mecklenburgische Seenplatte	
Adolf-Pompe-Str. 23, 17109 Demmin	0395/57087-4751
Elisabethstraße 6, 17235 Neustrelitz	03981/2376-101
Woldegker Straße 6, 17033 Neubrandenburg	0395/57087-5751
Zum Amtsbrink 2, 17192 Waren	0395/57087-2332

Landkreis Rostock	
Hageböcker Str. 19, 18273 Güstrow	03843/755-50421
August-Bebel-Str. 3, 18209 Bad Doberan	03843/755-50426

Hanse- und Universitätsstadt Rostock	
Warnowallee 30, 18107 Rostock	0381/381-1507
Erich-Schlesinger-Str. 28, 18059 Rostock (Außenstelle)	0381/381-1506

Landkreis Vorpommern-Greifswald	
An der Kürassierkasernen 9, 17309 Pasewalk	03834/8760-2512
Feldstr. 85 a, 17489 Greifswald	03834/8760-2514
Mühlenstr. 18 b, 17389 Anklam	03834/8760-2510

Landkreis Vorpommern-Rügen	
Marienstraße 1, 18439 Stralsund	03831/357-1802
Gingster Chaussee 5a, 18528 Bergen	03831/357-1804
Gänsestraße 2, 18311 Ribnitz-Damgarten	03831/357-1808
Sprechtag jeden 2. Mittwoch im Monat auch in Grimmen	

Landeshauptstadt Schwerin	
Am Packhof 2-6, 19053 Schwerin	0385/545-2120

Nie zu alt fürs Internet

Neue Broschüre zum Einstieg in die Online-Welt für Senioren

Ein Leben ohne neue Medien ist heute kaum mehr vorstellbar. Der Laptop, das Tablet und das Smartphone, das Internet, Suchmaschinen und Online-shopping-Dienste sind fester Bestandteil unseres Alltags. Inzwischen nutzen drei von vier Menschen im Alter über 60 Jahre das Internet, um sich zu informie-

ren, um einzukaufen oder um mit der weitverzweigten Familie, mit Freunden und Bekannten in Kontakt zu bleiben. Durch Nachrichtendienste, Online-Clouds und soziale Netzwerke wird der Austausch von Bildern und kurzen Videos von der letzten Familienfeier zum Kinderspiel. Zugleich sorgen Meldun-

gen über Datendiebstähle, Schadsoftware und Betrügereien durch fingierte E-Mails bei vielen Menschen für Verunsicherung. Bei aller berech-



Fortsetzung auf Seite 22

Fortsetzung von Seite 21

tigten Vorsicht ist es wichtig, gerade ältere Menschen dabei zu unterstützen, die neuen Medien sicher und selbstbestimmt zu nutzen, damit auch sie von den vielen Möglichkeiten profitieren. Die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

herausgegebene Broschüre soll dazu ermutigen, sich die Welt der neuen Medien zu erschließen – Schritt für Schritt. Die Broschüre informiert über die verschiedenen Dienste und deren Nutzen und gibt Antworten auf Fragen zu den Themen Sicherheit und Datenschutz. Zudem zeigt sie auf, welche Geräte benötigt werden, um

das Internet zuverlässig nutzen zu können. Auch auf das Thema Kosten wird eingegangen, damit keine Fragen offenbleiben.

Die Broschüre mit 72 Seiten kann online kostenfrei angefordert werden oder direkt als PDF heruntergeladen werden unter www.bmfsfj.de (Suchbegriff: „broschüre nie zu alt fürs internet 2019“).

Projekte gegen Gewalt und Kriminalität

Gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention ist in MV aktiv und sichtbar

Das Ministerium für Inneres und Europa unterstützt auch 2021 gesamtgesellschaftliche Präventionsarbeit gegen Gewalt und Kriminalität. 77 Präventionsprojekte erhielten im Dezember 2020 vom Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung (LfK) die Informationsschreiben über eine finanzielle Förderung ihrer Projektarbeit. Ein Expertengremium des Landesrates hatte diese Projekte zuvor aus den vorliegenden 90 Förderanträgen ausgewählt. Die Bescheide wurden Anfang des Jahres 2021 versandt. Der Schwerpunkt der Projektförderung in 2021 liegt wie schon in den

Projekt Seniorensicherheitsberater wird gefördert durch:

PROVINZIAL
und



Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung
Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de

Vorjahren bei der Vorbeugung und Verhinderung von Jugendkriminalität: 43 Projekte werden mit rund 128.000 Euro gefördert. Ein Großteil der Vorhaben davon findet vor Ort in enger Kooperation mit den Schulen statt.

Weitere Themenschwerpunkte der geförderten Projekte sind der Opferchutz, Gewalt gegen Frauen, Seniorensicherheit, Sport statt Gewalt und Verkehrssicherheit.

Auch 2021 soll der Sonderpreis des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung und des Landessportbundes „Sport statt Gewalt“ vergeben werden. ■

Sicherheit im Alltag

Neuaufgabe der Broschüre zur Seniorensicherheit im ländlichen Raum

Egal, ob an der Haustür, am Telefon oder per E-Mail: Immer wieder fallen Bürgerinnen und Bürger – insbesondere Seniorinnen und Senioren – auf Trickbetrüger herein. Die Vorgehensweisen sind nicht neu, aber nach wie vor erfolgreich.

Der Enkel meldete sich endlich mal wieder per Telefon und das in dramatischer Lage. Er hatte gerade einen schweren Verkehrsunfall im Ausland und lief Gefahr, dass gegen ihn Strafanzeige erstattet wird. Der einzige vermeintliche Ausweg: ein hoher Geldbetrag könnte ihm gerade noch so aus dem Schlamassel helfen. So

oder ähnlich geschieht es immer wieder, fast jeden Tag ist über Betrugsversuche in der Zeitung zu lesen.

Ältere Menschen sind von bestimmten Straftaten wie Raub- oder Betrugsdelikten besonders schwer betroffen. Gerade die Hilfsbereitschaft und der Familiensinn machen sie zu vermeintlich leichten Zielen für Kriminelle.

Um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken, hat der Kriminalitätspräventionsrat des Landkreises Ludwigslust-Parchim in Zusammenarbeit mit der Polizeiinspektion Ludwigslust die Broschüre „Sicherheit im Alltag“ aktualisiert und stellt sie sowohl digital unter [\[lup.de\]\(http://lup.de\) – Suchbegriff „broschüre sicherheit im alltag“, als auch in Papierform zur Verfügung. Lassen wir den Trickbetrüger keine Chance! Sprechen Sie mit Freunden, Bekannten und natürlich Ihrer Familie über dieses Thema. Zur Unterstützung schicken wir Ihnen gerne eine Broschüre zu.](http://www.kreis-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Kontakt: Kriminalitätspräventionsrat des Landkreises Ludwigslust-Parchim, Koordinatorin Anett Nuklies, Mail: anett.nuklies@kreis-lup.de, Telefon: 03871/722 16 05.



Trickbetrug

Fragebögen zur Grundrente sind Fälschungen



Betrüger versuchen derzeit gezielt, an persönliche Daten von Rentenversicherten zu kommen. „Viele Rentnerinnen oder Rentner bekommen derzeit einen Brief, in dem es angeblich um die neu eingeführte Grundrente geht“, sagt Dirk von der Heide, Sprecher der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV). Doch auch wenn das Schreiben erstmal täuschend echt wirkt: „Es handelt sich um eine Fälschung.“ Was sollten Menschen unternehmen, die solch einen Brief erhalten? Antworten von Dirk von der Heide im Interview.

Was steht in diesen Schreiben?

Mit Jahresbeginn wurde die Grundrente eingeführt, die Bescheide dazu werden aber noch nicht verschickt. Daraus versuchen Trickbetrüger nun einen Vorteil zu ziehen. Sie verschicken derzeit gezielt gefälschte „Fragebögen zur Grundrente“. Darin werden Rentnerinnen und Rentner aufgefordert, per-

sönliche und sensible Angaben zu machen, um den Grundrentenzuschlag zu erhalten. Zum Beispiel sollen die Kontaktdaten preisgegeben werden.

Wie sollte man reagieren, wenn man so einen Brief bekommt?

Was Sie wissen sollten: Niemand muss einen Antrag auf Grundrente stellen. Ob jemand einen Anspruch auf die Grundrente, also auf den Zuschlag zur Rente, hat, wird von der Rentenversicherung automatisch geprüft. Die Auszahlung erfolgt ebenfalls automatisch. Sie müssen also nichts unternehmen. Wenn Sie ein Schreiben bekommen haben und jetzt unsicher sind, nehmen Sie am besten direkten Kontakt mit der Deutschen Rentenversicherung auf. Rufen Sie nicht die in dem Schreiben genannte Nummer an, sondern schauen Sie in Ihren Unterlagen im letzten Schreiben nach, das Sie von der DRV bekommen haben. Oder Sie wenden sich an unser kostenfreies Servicetelefon unter der Nummer 0800/1000 4800. Und in der Broschüre „Vorsicht Trickbetrug“ können Sie oder Ihre Angehörigen noch einmal nachlesen, wie man sich am besten schützen kann.

Warum dauert die Auszahlung der Grundrente so lange?

Die Einführung der Grundrente ist mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden.

Aus knapp 26 Millionen Renten sind diejenigen herauszufiltern, die einen Anspruch auf den Grundrentenzuschlag haben.

Der Grundrentenzuschlag wird für alle Rentenarten gezahlt, also für Altersrenten, Renten an Hinterbliebene – also Witwen- und Witwerrenten, Waisenrenten und Erziehungsrenten – sowie Erwerbsminderungsrenten. Die Prüfung erfolgt sowohl für diejenigen von Amts wegen, die bereits Rente bekommen, als auch für jene Rentnerinnen und Rentner, deren Rente nach dem 31. Dezember 2020 beginnt. Es dauert voraussichtlich bis Juli 2021, bis die ersten Grundrentenbescheide an Rentnerinnen und Rentner verschickt werden können.

Die Broschüre „Vorsicht Trickbetrüger“ kann online heruntergeladen werden unter www.deutsche-rentenversicherung.de (Suchbegriff: „vorsicht trickbetrüger grundrente“)

Verpflegung für Senioren

Aktualisierte DGE-Qualitätsstandards für die Gemeinschaftsverpflegung

Der von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. entwickelte „DGE-Qualitätsstandard für die Verpflegung mit ‚Essen auf Rädern‘ und in Senioreneinrichtungen“ bietet Orientierung und bildet die Basis für die Angebote der „Vernetzungsstelle Seniorenernährung Mecklenburg-Vorpommern“.

Der Standard erläutert praxisbezogen, was zu einer bedarfs- und bedürfnisori-



entierten Verpflegung gehört. Entlang der Prozesskette wird erklärt, wie eine gesundheitsfördernde Verpflegung zugleich nachhaltig gestaltet werden kann.

Weiterhin werden besondere Anforderungen an verschiedene Kostformen, z.B. bei Mangelernährung, Kau- und Schluckstörungen genauso thematisiert wie Hygienebestimmungen, Lebensmittelkennzeichnung und vieles mehr.

Der „DGE-Qualitätsstandard für die Verpflegung mit ‚Essen auf Rädern‘ und in Senioreneinrichtungen“ richtet sich gezielt an Mitarbeiter*innen für die Verpflegung in Senioreneinrichtungen, Mitarbeiter*innen von Essen auf Rädern und Mittagstischen und Entscheidungsträger*innen aus Interessenvertretungen.

Weitere Informationen zur Broschüre sind erhältlich von der Vernetzungsstelle Seniorenernährung M-V, Frau Simone Gladasch, Tel: 0385/20 75 68 49.



Internationale Altenpolitik

Zusammenarbeit für die Rechte älterer Menschen in der Corona-Pandemie

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V. berichtet in einem neuen Themenheft über ihre internationalen Aktivitäten des Jahres 2020. Sie weist darauf hin, dass das vergangene Jahr uns alle vor viele Veränderungen und auch enorme Herausforderungen gestellt hat. Es bot aber auch Chancen, der Stimme der Älteren auf nationaler und internationaler Ebene ein größeres Gehör zu verschaffen.

Die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat die BAGSO gemeinsam mit dem europäischen Dachverband der Seniorenorganisationen, AGE Platform Europe, und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend genutzt, um innerhalb der EU einen größeren Fokus auf die Menschenrechte Älterer zu richten. Ein

Highlight war sicherlich die gemeinsame Online-Konferenz mit über 1.200 Interessierten aus 60 Ländern und die Verabschiedung der von Deutschland eingebrachten EU-Ratschlussfolgerungen „Menschenrechte, Teilhabe und Lebensqualität älterer Menschen im Zeitalter der Digitalisierung“.

Über die Chancen, aber auch Barrieren für die internationale Altenpolitik und -zusammenarbeit während der Pandemie berichtet die BAGSO im Detail im neu erschienenen Themenheft „Über Grenzen hinweg aktiv: Internationale Zusammenarbeit für die Rechte älterer Menschen in der Corona-Pandemie“. Das Themenheft stellt Initiativen, Projekte und Organisationen vor, die sich für ältere Menschen weltweit engagieren. Es geht um den praktischen Austausch zwischen Älteren verschiedener Länder, aber auch um Entwicklungszusammenar-

beit und den gemeinsamen Einsatz für die Rechte älterer Menschen weltweit.

Für dieses Jahr stehen neben der Offenen Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns der Vereinten Nationen (OEWGA), die Ende März/Anfang April hybrid stattfinden wird, auch die nationale Berichterstattung zum Zweiten Weltaltenplan (MIPAA) an. ■



Rücknahme besonderer Nachteile

Impfung soll Freiheitsbeschränkungen für Menschen in Pflegeeinrichtungen beenden

Die BAGSO begrüßt die Positionierung des Deutschen Ethikrats in seiner Ad-hoc-Empfehlung „Besondere Regeln für Geimpfte?“ vom 4. Februar 2021. Die BAGSO hält es wie der Deutsche Ethikrat im Grundsatz für richtig, Menschen, die bereits geimpft wurden, und solche, die diese Möglichkeit noch nicht hatten, bis auf Weiteres gleich zu behandeln. Zugleich spricht sich das Gremium dafür aus, die besonderen Freiheitsbeschränkungen für Bewohnerinnen und Bewohner in Pflege-, Senioren-, Behinderten- und Hospizeinrichtungen für Geimpfte aufzuheben. Die BAGSO unterstützt diese Position ausdrücklich. Der Deutsche Ethikrat weist zu Recht darauf hin, dass die Belastungen für

Bewohner von Pflegeeinrichtungen „erheblich über das hinausgehen, was andere Bürger erdulden müssen“. Das betrifft Ausgangs- und Besuchsbeschränkungen sowie Kontaktbeschränkungen innerhalb der Einrichtung wie etwa den Verzicht auf gemeinsame Mahlzeiten und Gruppenangebote. Diese Sonderbelastung sei, so der Deutsche Ethikrat, nur zu rechtfertigen, solange diese Menschen noch nicht geimpft sind. Auch die Tatsache, dass nicht alle in den Einrichtungen wohnenden oder arbeitenden Menschen bereit sind, sich impfen zu lassen, führe nicht zu einer grundsätzlich anderen Beurteilung. Es müsse dann vielmehr darum gehen, die nicht Geimpften mit den

zur Verfügung stehenden Mitteln wie beispielsweise FFP-2-Masken, Schutzkleidung und Schnelltests besonders zu schützen.

Die BAGSO begrüßt die Klarstellung, dass es an dieser Stelle nicht um Vorteile, sondern um die Rücknahme besonderer Nachteile für eine in der Corona-Pandemie besonders schwer belastete Personengruppe geht. Die BAGSO weist zudem darauf hin, dass es für die oben genannten Freiheitsbeschränkungen nicht nur ethische, sondern auch klare (verfassungs-)rechtliche Grenzen gibt, die der Mainzer Staatsrechtler Prof. Dr. Friedhelm Hufen in einem im Auftrag der BAGSO erstellten Gutachten herausgearbeitet hat. ■

13. Deutscher Seniorentag 2021

Gemeinsam Antworten auf drängende Herausforderungen finden



Der Deutsche Seniorentag bietet eine Messe und viele Einzelveranstaltungen zum Thema Älterwerden. Copyright: BAGSO/Deck

Vom 24. bis 26. November 2021 veranstaltet die BAGSO im Hannover Congress Centrum (HCC) den 13. Deutschen Seniorentag. Soweit möglich und verantwortbar, wird die Veranstaltung in Präsenz stattfinden. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat zugesagt, die Schirmherrschaft zu übernehmen und den Deutschen Seniorentag persönlich zu eröffnen. Drei Tage lang geht es um die Themen Gesundheit und Pflege,



Wohnen, Engagement, Bildung und Digitalisierung, die in Veranstaltungen diskutiert und auf der Messe präsentiert werden.

Das gewählte Motto „Wir. Alle. Zusammen.“ soll verdeutlichen, dass es darum gehen muss, gemeinsam mit allen Generationen und allen gesellschaftlichen Gruppen gute Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen zu finden.

Aktuelle Informationen zur Veranstaltung und zum Fortgang der Planungen gibt es online auf www.deutscher-seniorentag.de

Corona-Impfungen

Nachbesserungen bei häuslicher Pflege notwendig

Die BAGSO begrüßt die Fortschritte bei den Impfungen gegen das Sars-CoV-2-Virus. In einer Stellungnahme weist sie aber auch darauf hin, dass an zahlreichen Stellen noch Nachbesserungen im Verfahren notwendig sind. Die Entscheidung über die Impffreihefolge nach ethischen Grundsätzen, wie sie in Deutschland getroffen wurde, ist nach Ansicht der BAGSO im Grundsatz richtig. Allerdings werde die Situation in der häuslichen Pflege zu wenig berücksichtigt. Hier seien Nachjustierungen

erforderlich. Das betreffe zu Hause lebende Pflegebedürftige, die, sobald dies technisch möglich ist, in ihrer Häuslichkeit geimpft werden müssten. Außerdem sollte pflegenden Angehörigen, professionellen Pflegekräften in der ambulanten Pflege und sogenannten 24-Stunden-Kräften umgehend ein Impfangebot gemacht werden, um zu Hause lebende Pflegebedürftige zu schützen.

Um die Impfbereitschaft zu stärken, fordert die BAGSO dringend eine zen-

tral koordinierte, bundesweite Aufklärungskampagne, die die Bevölkerung über Wirkweise und mögliche Nebenwirkungen der zugelassenen Impfstoffe informiert. Das Verfahren zur Vergabe der Impftermine sollte möglichst einfach gestaltet sein und per Brief und Telefon erfolgen. Erste Erfahrungen zeigen, dass digitale Anmeldeverfahren oder automatisierte Telefonsysteme hohe Hürden darstellen und für vulnerable Gruppen den Zugang zur Impfung erschweren. ■

Goldener Internetpreis 2021

Wettbewerb prämiert digitales Engagement für ältere Menschen

Seit 2012 zeichnet der Goldene Internetpreis Menschen, Initiativen und Kommunen aus, die ältere Menschen beim sicheren Einstieg und Verwendung der Onlinewelt unterstützen. Die diesjährige Auszeichnung loben die BAGSO und Deutschland sicher im Netz e.V. in Kooperation mit dem Bundesministerium des Innern, Wege aus der Einsamkeit e.V., Deutsche Telekom und SAP Deutschland aus.

Zum Auftakt ins neue Jahr startet der Goldene Internetpreis in eine neue Runde: Initiativen, Vereine und Kommunen sind aufgerufen, ihre Angebote und Projekte einzureichen, die sich besonders für die digitale Befähigung und Selbstbestimmung älterer Menschen stark machen. Ausgelobt wird der Goldene Internetpreis 2021 mit einem Preisgeld von insgesamt 10.000 Euro durch ein Bündnis

aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat.

**GOLDENER
INTERNETPREIS**
Digital aktiv im Alter

Wie wichtig Unterstützung und Aufklärungsarbeit für ältere Menschen in der digitalen Welt sind, haben die vergangenen Monate der Corona-Pandemie eindrücklich gezeigt. Zahlreiche Menschen und Organisationen haben sich engagiert, um die Digitalisierung insbesondere auch für ältere Menschen verständlich und zugänglich zu machen. Der Goldene Internetpreis möchte die-

ses Engagement nachhaltig würdigen und unterstützen.

Ausgezeichnet werden Projekte in drei Kategorien: „Digitale Teilhabe – Menschen in Zeiten von Corona unterstützen“, „Internet für alle – die Vielfalt der Zielgruppen“ sowie „E-Government – die Vielfalt kommunaler Beteiligung über digitale Wege“. Darüber hinaus wird der Sonderpreis der Deutschen Telekom „Respektvoll – aktiv für einen fairen Umgang im Netz!“ vergeben.

Bewerbungen sind bis zum 15. Mai 2021 möglich. Eine unabhängige Jury ermittelt die Gewinner, die auf dem 13. Deutschen Seniorentag am 24. November 2021 in Hannover ausgezeichnet werden.

Alle Informationen zum Wettbewerb sowie das Anmeldeformular finden Interessierte auf www.goldener-internetpreis.de.

Nutzen Künstlicher Intelligenz

Projekt startet Praxisphase an 16 Standorten in Deutschland

Kann Künstliche Intelligenz (KI) zur Lebensqualität beitragen und wenn ja, in welcher Weise? Dieser Frage geht die BAGSO gemeinsam mit lokalen Partnern im Rahmen des Projekts „Digitale Souveränität älterer Menschen mit KI-Technologien fördern“ nach. Ziel ist es, ältere Menschen im Umgang mit KI-Technologien zu schulen und dabei Chancen und Risiken gleichermaßen zu beleuchten. Ältere Nutzerinnen und Nutzer werden so in die Lage versetzt souverän zu entscheiden, ob und wie sie KI-basierte Technologien für ihren Alltag einsetzen wollen.

Die 16 lokalen Partner des Projekts sind Mehrgenerationenhäuser, Seniorenbüros, Vereine und eine Volkshochschule, die bereits Erfahrungen in der digitalen Bildung älterer Menschen gesammelt haben. Sie er-

halten KI-basierte Technologien wie Sprachassistenten, smarte Haushaltsgeräte und andere Geräte im Wert von je 5.000 Euro. Außerdem werden Multiplikatoren vor Ort zu Chancen und Risiken von Künstlicher Intelligenz geschult und darauf vorbereitet, ihr Wissen sowie ihre Anwendungskompetenzen an Ältere weiterzugeben. Projektpartner in M-V sind das Seniorenbüro in Schwerin und die Silver Surfer Greifswald des Bürgerhafens. Die BAGSO stellt in den kommenden Monaten auf www.wissensdurstig.de zudem Materialien zum Thema in einer Mediathek bereit und veröffentlicht eine Broschüre zu Künstlicher Intelligenz im Alltag älterer Menschen. Ältere Menschen gehören zu der gesellschaftlichen Gruppe in Deutschland, die vom Nutzen von KI-Anwen-

dungen bisher wenig profitieren, obwohl entsprechende Technologien einen Beitrag zu ihrer Lebensqualität leisten können. Dabei kann es sich um Sprachassistenten handeln, die den Alltag vereinfachen, um Haushaltsgeräte, die körperlich anstrengende Arbeit abnehmen oder um Apps, die bei Sehbeeinträchtigungen helfen, die Umgebung besser wahrzunehmen. KI kann aber auch Spaß machen, etwa mit Spielen oder im Umgang mit KI-Robotern.

Das Projekt ist bei der Servicestelle „Digitalisierung und Bildung für ältere Menschen“ der BAGSO angesiedelt. Es wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aus Mitteln des KI-Zukunftsfonds gefördert. Es läuft bis Ende 2021. ■

LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

Aktiv trotz vieler Hürden

In der ersten Adventswoche verteilten die Mitglieder der Gruppe 50+ in Pinnow Adventstüten an alle Seniorenhaushalte. Darin enthalten waren eine kleine Flasche Wein, ein Stollen, Naschereien, ein netter Adventsgruß und der Veranstaltungsplan für das Jahr 2021, insgesamt als kleine Entschädigung für die ausgefallenen Veranstaltungen im Jahr 2020.

Alle Mitglieder der Gruppe 50+ arbeiten ehrenamtlich und sind selbst Seniorinnen bzw. Senioren. Durch die neue Datenschutzgrundverordnung, die 2018 in Kraft trat, wird diese Arbeit allerdings sehr erschwert. So sind beispielsweise keine aktuellen Listen mehr darüber zu erhalten, wieviele Ruheständler es in Pinnow gibt, wer verzogen ist oder wer nicht mehr unter uns weilt.

Aber auch diese Probleme hielten die 12 Heinzelmännchen nicht von ihrer Idee ab. Dank der finanziellen Zuwendung durch die Gemeinde, der schnellen unbürokratischen Bearbeitung durch das Amt, der raschen Hilfe und Bereitstellung der Waren



Im Rahmen der ehrenamtlichen Nachbarschaftshilfe wurden Advents-Präsente an alle Seniorenhaushalte der Gemeinde verteilt. Foto: Jutta Messer

durch unsere Verkaufsstelle, speziell durch Herrn Wandschneider, konnten wir zügig tätig werden. Die verschiedensten Arbeiten wurden auf breite Schultern verteilt. Trotz eigener Vorbereitungen in der Weihnachtszeit wurden 330 Adventstüten gepackt, unter den 12 Mitgliedern der Grup-

pe 50+ aufgeteilt und an alle Seniorinnen und Senioren in Pinnow überreicht. Nun hoffen wir, dass wir alle Seniorenhaushalte gefunden haben und niemand böse ist, wenn er doch vergessen wurde.

Die Hoffnung für 2021 beruht nun auf der Möglichkeit, unseren Veranstaltungsplan auch wirklich umsetzen zu können. Uns ist bewusst, dass alle Planungen an die veränderten Hygieneregeln angepasst werden müssen. So kann z.B. die Teilnahme an unseren Veranstaltungen nur noch mit Anmeldung erfolgen, dies ist telefonisch möglich oder durch Eintragung in eine Liste, die in der Verkaufsstelle aushängt. Außerdem werden alle Teilnehmer einzeln platziert.

Wir hoffen für 2021 auf weitere Lockerungen für die Nutzung des Gemeinderaumes und diese Hoffnung geben wir auch nicht auf. Wir alle wollen wieder aktiv und fröhlich am Leben teilnehmen.

*Jutta Messer
Seniorenbeauftragte
der Gemeinde Pinnow*

Die Pandemie zwingt uns nicht in die Knie



Ein Bild aus besseren Zeiten: Bewegungstraining in der Gruppe.

In der altersgerechten Wohnanlage in Pinnow sind die Einwohner ständig in Bewegung. Das ist auch gut so. Bisher hatten sie sich an den regelmäßigen sportlichen Übungen vor ihrer Haustür aktiv und mit sehr viel Enthusiasmus beteiligt. Doch das Coronavirus lässt nicht locker und versucht uns mit seinen Mutationen das Leben zu erschweren. Darum mussten wir das Training auch hier einstellen. Diese Zeit aber nutzten wir, um 9 Vereinsmitglieder zu gewinnen, an einer Sturzprävention für Senioren teilzunehmen.

Foto: Jutta Messer, Archiv

Fortsetzung auf Seite 28

Fortsetzung von Seite 27

Der Sportverein Petermännchen Pinnow hat dazu einen Vertrag mit der AOK Schwerin geschlossen. Dafür bekommen wir Kleingeräte, die für die Arbeit mit den älteren Menschen gedacht sind. Die Schulung kann aber auch erst durchgeführt werden, wenn es wieder erlaubt wird.

Doch die Geräte erfüllen schon zum Teil ihren Zweck. Die Bewohner der altersgerechten Anlage haben Sandsäckchen, Bälle, Tücher mit nach Hause bekommen und dazu die passenden Übungen.

Einige Einwohner, die sich bisher nicht für gymnastische Übungen interessiert haben, sind bereits eifrig

dabei, jeden Tag ein wenig zu trainieren. Ihre Beweglichkeit ist ihre Gesundheit. Und das haben die Einwohner dieser Gemeinschaft längst begriffen.

Liebe Seniorinnen und Senioren, bitte beteiligt euch an den Bewegungsübungen, die von euren Sportgemeinschaften, Krankenkassen oder Medien angeboten werden. Vor allem bewegt die Hände, Arme, Schultern und Füße.

Das gibt euch Sicherheit und Beweglichkeit im Alter.

Gerade jetzt, wo wir uns aus dem aktiven Leben zurückhalten müssen, ist es wichtiger denn je. Denkt auch daran, dass die Enkel oder Urenkel gern noch ein wenig mit Oma und Opa „to-

ben“ wollen. Beim Stricken, Lesen, Malen oder beim Sitzen am Fernseher lässt sich gut ein Ball in die Hand nehmen und drücken oder mit den Füßen wippen oder über einen Ball rollen. Nehmt eine Wasserflasche in die Hand und winkelt den Arm an und streckt ihn wieder.

Es gibt so viele Möglichkeiten, sich mit einfachen Mitteln zu behelfen. Und es macht Spaß, wenn man feststellt, dass die Schulter, die gestern noch schmerzte, viel lockerer geworden ist. Fasst euch ein Herz und los geht es.

Ich wünsche euch dabei viel Spaß und bleibt gesund.

Brigitte Rabeler

Seniorenbeirat Pinnow

LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

Siegfried Schwinn tritt zurück

Der Vorsitzende des Schweriner Seniorenbeirates, Siegfried Schwinn, ist Ende Februar aus gesundheitlichen Gründen von seinem Ehrenamt zurückgetreten. Schwinn war seit 2014 Vorsitzender des Seniorenbeirates der Stadt.

Ein/e Nachfolger/in wird in einer Mitgliederversammlung voraussichtlich im April gewählt.

Bis zu einer Neuwahl werden die Stellvertreter Joachim Kießling und Walter Heinrich die Aufgaben übernehmen. ■



Foto: Holger Kühn

HANSESTADT ROSTOCK

Interessengemeinschaft für Senioren-Wohngemeinschaften

Die Initiative zur Gründung von selbstverantworteten Senioren-Wohngemeinschaften (WGen) erfolgte im Rahmen des von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock geförderten Projektes „Länger leben im Quartier“ unter Mitwirkung des Rostocker Seniorenbeirates.

Die am 19. August gegründete Interessengemeinschaft (IG) zur Förderung von selbstverantworteten Senioren-WGs in Rostock hat am 23. September im Rahmen einer Veranstaltung im SBZ-Heizhaus ihre Arbeit aufgenommen.

Ziel der IG ist es, mit der Etablierung von selbstverantworteten Senioren-WGs einem gesellschaftlichen Bedarf zu entsprechen und zur Erweiterung des Angebotes von Wohnformen im Alter beizutragen.

Das Besondere an dieser Wohnform ist u. a.: Die künftigen Bewohner/innen entscheiden selbst über ihr Zusammenleben und über ihre pflegerische Versorgung. Selbstverantwortung bzw. Selbstorganisation heißt, dass älteren Menschen, ob mit oder ohne Pflegebedarf, ein Höchstmaß an individueller Lebensqualität und

Selbstbestimmung erhalten bleibt. Gleichzeitig möchte die IG um mehr Unterstützung aus der Gesellschaft werben.

In diesem Zusammenhang ist die Interessengemeinschaft weiterhin auf der Suche nach interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Persönlichkeiten aus den Bereichen der Politik, der Kultur, der Verwaltung und des öffentlichen Lebens, welche die Arbeit der IG unterstützen.

Die Arbeit der IG bezieht sich zunächst auf die Erstellung eines umfassenden Konzeptes zur Umsetzung der Senio-

ren-WGs in Rostock. Dabei stehen verschiedene Themen im Fokus, wie z.B. die Wohnraumbeschaffung, das Trägermodell und das Finanzierungs-konzept. Weiterhin geht es darum, ein Wohnkonzept zu erarbeiten, Möglichkeiten der öffentlichen Förderung zu ermitteln sowie die Beratung und Begleitung der WGs zu organisieren.

Die nächste Sitzung der Interessengemeinschaft soll am 24. März 2021 um 14 Uhr im SBZ-Heizhaus (Tychsenstr. 22) stattfinden (vorbehaltlich Änderungen der Corona-Bestimmungen). Interessenten sind herzlich zur Mitwirkung eingeladen.

Wegen der Corona-Bestimmungen wird darum gebeten, sich bei dem

Projektverantwortlichen Herrn Robert Sonnevend unter der Telefonnummer 0381-12744460 oder per Mail an projekt.laenger.leben@gmail.com für die Veranstaltung anzumelden.

*Erika Drecoll
Mitglied der Interessengemeinschaft*

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG



Landkreis
Nordwestmecklenburg
wo die Seele lächelt...

Gemeinsam für Herzlichkeit

In der Zeit der Pandemie können viele ältere Bürger ihre Häuslichkeiten nicht verlassen. Es drohte ein trostloses Weihnachtsfest zu werden, gerade in den großen Senioren-Wohnanlagen. Daher brachten die Mitglieder des Seniorenbeirates der Hansestadt Wismar mit Unterstützung der VNG Wärme in Leipzig im Dezember ein Projekt ins Rollen.

Der in der lokalen Presse veröffentlichte Aufruf nach Weihnachtsbaumspenden geriet zu einem vollen Erfolg, der die Erwartungen in das Projekt dank breiten Interesses weit übertraf. Es wurden Fahrzeuge organisiert und abging es zum Bäume-fällen. In den großen Wohnanlagen wurden die Genehmigungen der Betreiber eingeholt und die Tannenbäume dann mit Hilfe der Bewohner ge-



Tannenbaumaufstellung im altersgerechten Haus am Friedenshof.

Foto: Karin Lechner

schmückt. Die Gemeinsamkeit ist in dieser Zeit sehr wichtig.

Mitglieder einer freiwilligen Feuerwehr des Landkreises boten sich an, etwas größere Tannenbäume inklusive geeigneter Ständer aufzustellen. Auch für den Abbau Anfang Januar fühlten sie sich verantwortlich. Da es nicht möglich war, tatsächlich alle gespendeten Tannenbäume zum Fest zu schmücken, musste das Projekt vorzeitig beendet werden.

Es zeigt sich immer wieder, dass man viel erreichen kann, wenn eine gute Vernetzung mit Vereinen und Verbänden vorhanden ist. VNG Wärme unterstützte das Projekt mit 250 Euro.

*Karin Lechner
Vorsitzende des Kreissenorenbeirates NWM*

Echte Impfstrategie gegen Corona in der Praxis

Die Mitglieder des Vorstandes des Kreissenorenbeirates Nordwestmecklenburg treffen sich monatlich, um mit allen Mitgliedern in Kontakt zu bleiben.

In einer schriftlichen Umfrage wünschten sich die Mitglieder, der Kreissenorenbeirat möge sich dafür einzusetzen, einen schnellen und reibungslosen Impfablauf zu ermöglichen. Speziell der Seniorenbeirat in Gadebusch

machte sich für eine Lösung der Problematik stark.

Die Landesregierung M-V hat beschlossen, neben mobilen Impfteams und den beiden Impfzentren in Wismar und Grevesmühlen werde in einem Modellprojekt in Nordwestmecklenburg geprüft, inwieweit Hausärzte im Land ihre Patienten künftig selbst gegen Corona impfen könnten. Die Impfzentren werden durch freigestellte Mitglieder

der Verwaltung und auch von Bundeswehrosoldaten unterstützt. Leider wurden weder Gadebusch noch die Insel Poel bei der Einrichtung von Impfstellen berücksichtigt. Als großartiger Erfolg kann verbucht werden, dass es nun möglich ist, sich in acht Arztpraxen durch die Hausärzte impfen zu lassen.

*Karin Lechner
Vorsitzende des Kreissenorenbeirates NWM*

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

Rückblick auf Aktivitäten 2020

Das Jahr 2020 war für alle Bürger infolge der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie ein schweres Jahr. Dies galt auch für die Arbeit des Seniorenbeirates Neubrandenburg. Die demografische Entwicklung stellt Mecklenburg-Vorpommern vor große Herausforderungen. Auch in Neubrandenburg ist das deutlich erkennbar. Der Anteil der Altersgruppe 65plus ist von 2015 bis III/2020 von 15.284 Einwohner auf 17.576 Einwohner (plus 2.292 Einwohner) angestiegen. Zur positiven Gestaltung des demografischen Wandels ist das Engagement der Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar. Viele Seniorinnen und Senioren sind bereit, ihre Kompetenzen und Erfahrungen für das Gemeinwohl einzusetzen. Der Seniorenbeirat Neubrandenburg arbeitet im vorparlamentarischen Raum als Bindeglied zwischen Politik, Verwaltung und älteren Menschen auf kommunaler Ebene und betätigt sich auch auf der Kreis- und Landesebene. Damit wird die Teilhabe älterer Menschen gesichert. Der Seniorenbeirat möchte sich einbringen, ohne in die Stadtvertretung oder in andere parlamentarische Vertretungen eingreifen zu wollen. Themen wie Rente, Pflege, Mobilität sowie gesundes und aktives Altern müssen zunehmend mehr im Fokus der politischen Gestaltungsprozesse stehen.

Dafür setzen sich die Mitglieder des Seniorenbeirates ein. In sieben Vorstandssitzungen, einem Sommergespräch und drei Beiratssitzungen ha-



Treffen der Organisationsgruppe „Generationsbank“ im Kulturpark Neubrandenburg.

ben wir uns mit der Situation in unserer Stadt, im Landkreis und im Land MV auseinandergesetzt.

Unter dem Motto „Deutschland im Gespräch: Wie wollen wir miteinander leben?“ trafen sich im Februar 2020 in Flensburg je 60 Bürgerinnen und Bürger zu einer Dialogveranstaltung. Zwei Vertreter unseres Seniorenbeirates waren dabei. Wir konnten hier Kontakt zum Seniorenbeirat Flensburg herstellen und für weitere Austausche gute Partner gewinnen, leider durch Corona bisher nur telefonisch und per E-Mail-Schriftwechsel. Der bereits 2019 begonnene Generationendialog wurde 2020 als Generationen-Spaziergang im August im Kulturpark in Neubrandenburg fortgesetzt. Gemeinsam entwickelten Jung und Alt dabei Ideen für den Kulturpark. Diese Ideen wurden Online als Generationen-Picknick im Oktober fort-

gesetzt. Es wurde intensiv an der Idee „Generationen-Laufstrecke mit Metermaß für den Kulturpark – Wege-Projekt für mehr Begegnungen“ weitergearbeitet. Mit einem gekennzeichneten Weg durch den Kulturpark soll dazu angeregt werden, gemeinsam in Bewegung zu kommen. Weiter wurde die Idee entwickelt, im Kulturpark einen Generationentreff zu installieren. Diese Idee wird jetzt in Form einer ganz besonderen Generationenbank in die Tat umgesetzt.

Weitere Aktivitäten waren die Teilnahme an der Regionaltagung der BAGSO zum Thema „Die Gesundheit älterer Menschen in Kommunen kreativ gestalten – Genussvoll essen, Körper und Geist bewegen, Gemeinschaft und Freude erleben!“ sowie die Mitwirkung bei Regionalkonferenz und Herbsttagung des Landesseniorenbeirates. ■

Sport macht Spaß im Alter – jetzt online

Die Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH (KEG) der Stadt Neubrandenburg erweitert im Rahmen ihres Modellprojekts „Sport macht Spaß“ ihr Online-Angebot um Sportangebote für Senioren. Am 14.

Februar feierte die neue Reihe Sport macht Spaß im Alter Premiere: Zusätzlich zum Programm für Kita- und Grundschulkinder wird damit nun auch ein digitales Bewegungsangebot für Senior*innen geschaffen. Zu-

nächst sind sechs Folgen vorgesehen, die der Reihe nach wöchentlich am Sonntag erscheinen.

Die Sendungen sind online auf dem Youtube-Kanal von ALBA BERLIN zu finden (www.youtube.com).

Vorstoß für die Jugend in Neubrandenburg

Um die Forderungen und die Resolution des 11. Altenparlamentes bekannt zu machen und gleichzeitig um Unterstützung zur Umsetzung der Resolution zu bitten, hat der Seniorenbeirat der Stadt Neubrandenburg sich schriftlich an den Oberbürgermeister der Stadt, Silvio Witt, gewendet. In diesem Schreiben weist der Seniorenbeirat auf die von der Landtagsverwaltung erstellte Dokumentation mit den verschiedenen Beschlüssen des 11. Altenparlamentes hin. Insbesondere wird Bezug genommen auf die Resolution „Mehr Mitsprache für die Jugend unseres Landes – gesetzlich garantiert durch ein Jugendmitwirkungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern“. Interessanterweise hatte der Ratsherr Prof. Dr. Norbert Northoff gerade zu mehr Zusammenarbeit mit der Jugend aufgerufen. Nach Presseinformationen plant die Stadt die



Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die sich Gedanken macht über ein geeignetes Instrument der künftigen Jugendbeteiligung in der Stadtpolitik. Mit der Jugend an der Hochschule Neubrandenburg, an den Schulen der Stadt, den Jugendorganisationen der Parteien, in den Sportvereinen und anderen Interessengruppen, sollten sich nach Auffassung des Seniorenbeirats einige Akteure zumindest für die Arbeitsgruppe finden.

Das Schreiben schließt mit dem Hinweis, dass der Seniorenbeirat Neubrandenburg bereit ist, sich neben seiner Haupttätigkeit, die Belange älterer Menschen zu vertreten, in die Entwicklung der Jugendbeteiligung in der Stadt einzubringen.

Der Seniorenbeirat NB berichtet außerdem, dass die beiden Impfstützpunkte in Neubrandenburg und Waren dazu genutzt werden, jedem

impfwilligen Senior des Landkreises den „Seniorenwegweiser des Kreis seniorenbundes-Mecklenburgische Seenplatte mitzugeben. Dazu hatte der Vorsitzende des SB, Peter Lundershausen, Kontakt mit den Impfstützpunkten aufgenommen, wo diese Idee sehr begrüßt wurde. Vom Beirat wurde eine Stellungnahme zur Demokratie abgegeben und an die politischen Gremien in der Stadt, im Landkreis und an die Ministerpräsidentin gesendet.

Die Arbeit in den bestehenden Arbeitsgruppen wurde fortgesetzt. Die Bildung einer AG Demografischer Wandel konnte noch nicht vollzogen werden.

Es wurden im Jahr 2020 zwei Arbeitsgespräche zwischen Stadtpräsident, Oberbürgermeister und Vorstand Seniorenbeirat durchgeführt.

Für die Mitarbeit des SBNB in den jeweiligen Stadtteilbüros wurden Ansprechpartner benannt, welche aber durch Corona noch nicht effektiv arbeiten konnten. ■

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

Seniorenbeirat der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in Coronazeiten

Nachdem der Seniorenbeirat in Greifswald am 1.9.2020 in neuer Zusammensetzung gewählt worden war, nahm er – trotz der Schwierigkeiten durch Corona – unverzüglich seine Arbeit auf. In der ersten Vorstandssitzung am 23.9.2020 wurden vorrangige Arbeitsschwerpunkte festgelegt, Termine abgestimmt, die Beteiligungen in den unterschiedlichen Gremien Greifswalds vereinbart u.a.m. Am 27.10.2020 fand dann eine Versammlung aller Beiratsmitglieder statt, in der Verabredungen getroffen wurden, um soweit wie möglich alle Mitglieder in die Aufgaben des Seniorenbeirates einzubinden, Themen für die Arbeit zu sammeln und wesentliche Festlegungen für die künftigen



Polizeihauptkommissar Mario Tschirn

tigen Tätigkeiten vorzunehmen. Dazu gehört u.a. auch die Vertretung

des Beirats in den Gremien der Stadt Greifswald durch möglichst viele Mitglieder, nicht nur durch den Vorstand selbst, wie in den Ausschüssen der Bürgerschaft und in den Ortsteilvertretungen. Es wurde Beschluss gefasst über eine neue Geschäftsordnung des Gremiums. Ferner wurde über die Inhalte des 11. Altenparlamentes des Landes Mecklenburg-Vorpommern berichtet und diskutiert sowie ob und wie die Seniorentage in Greifswald 2021 stattfinden und vorbereitet werden können.

Ein wesentlicher Programmpunkt war die Vorführung eines Films des Präventionsbeauftragten der Polizei

Fortsetzung auf Seite 32

Fortsetzung von Seite 31

des Landkreises Vorpommern-Greifswald, Polizeihauptkommissar Mario Tschirn, über Straftaten zum Nachteil älterer Mitbürger durch Betrüger, die es auf Geld- und Vermögenswerte abgesehen haben. Der Film schildert sehr anschaulich einen beispielhaften Vorfall, wie er sich leider nicht selten zuträgt und der als Warnung dienen soll. Es ging darum, dass den Ange-rufenen der Gewinn in einem Glücksspiel vorgegaukelt wurde. Um diesen zu erlangen, sollten sie Gutscheinkarten im Supermarkt kaufen und

die freigerubbelten Nummern telefonisch durchgeben. Damit wäre das für diese Gutscheinkarten eingesetzte Geld futsch. Und der versprochene Gewinn stellt sich natürlich nicht ein. Der Film ist unter Mitwirkung des Seniorenbeirats Greifswald entstanden und kann unter folgendem Link angesehen werden: www.youtube.com/watch?v=fmbyF2D736k. Der Seniorensicherheitsberater des Landkreises, Stephan Lack, und die Vorsitzende des Greifswalder Seniorenbeirats, Anita Weiß, wollen das Video im Rahmen ihrer Präventionsarbeit direkt in die Seniorengruppen tragen.

Leider können derzeit die regelmäßigen persönlichen Sprechstunden des Seniorenbeirats coronabedingt nicht stattfinden.

Dafür wird im Internetauftritt des Beirats und in anderen Veröffentlichungen auf die Erreichbarkeit per Telefon oder E-Mail zu Gesprächen, Beratungen usw. hingewiesen. Gleichwohl kommt der Vorstand zu seinen Sitzungen regelmäßig zusammen – derzeit per Telefon.

Die nächsten Sitzungen des gesamten Beirats sind für März und Mai 2021 geplant; wir hoffen sehr, dass sie auch stattfinden können!

LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

Erstes Corona-Schnelltestzentrum in Stralsund eröffnet

Seit dem 1. Februar 2021 gibt es für Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Vorpommern-Rügen, die einen Covid19-Schnelltest machen möchten, ein Schnelltestzentrum in Stralsund. Initiatoren dieser Einrichtungen sind der ASB RV NORD-OST e.V. (ASB) und die Bodden-Apotheke Stralsund.

Insbesondere für Einreisende, Reise-rückkehrer aus Risikogebieten oder auch Menschen, die ihre Angehörigen in Pflegeeinrichtungen besuchen möchten, ist dies eine schnelle Methode, um Gewissheit über eine Infektion mit dem Coronavirus zu erhalten. Mit diesem Angebot werden mehr Tests ermöglicht und die Testungen tragen vor allem dazu bei, die Verbreitung des Virus einzudämmen. Wichtig für alle, die sich testen lassen möchten ist, dass nur asymptomatische Personen in das Schnelltestzentrum kommen dürfen. Sollten Anzeichen von Husten, Schnupfen oder Fieber bestehen, kann keine Testung vorgenommen werden. In diesem Fall ist der telefonische Kontakt mit dem Hausarzt aufzunehmen. Das Schnelltestzentrum im Erdgeschoss des Lindencenters, Linden-

allee 25, hat Montag bis Freitag von 9:00 – 10:30 Uhr und von 15 – 17 Uhr geöffnet. Die Terminvergabe erfolgt

hilft ein Leitstellenmitarbeiter des ASB, einen passenden Termin zu finden. Fragen rund ums Testverfahren



in der Regel online über die Webseite www.corona-schnelltestzentrum-stralsund.de. Dort können die Einwohner des Landkreises einen Termin für den Schnelltest buchen und sich auch über das Testverfahren informieren.

Alternativ besteht die Möglichkeit einer telefonischen Terminvergabe. Unter der Rufnummer 03831/37 850

selbst werden von den Mitarbeitern der Bodden-Apotheke unter der Rufnummer 03831/47 290 beantwortet. Die Kosten für einen Schnelltest betragen 35 €. Die Bezahlung erfolgt bei der Terminbuchung online gleich via Paypal. Aus Infektionsschutzgründen ist vor Ort ausschließlich die Möglichkeit der bargeldlosen Zahlung mit EC-Karte möglich. ■

Paritätischer Armutsbericht 2020

Armut in Deutschland auf Rekordhoch

Die Armut in Deutschland hat einen neuen traurigen Rekord erreicht: Die Armutsquote nahm gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozentpunkte zu und erreichte mit 15,9 Prozent den höchsten Wert, der seit der Vereinigung gemessen wurde. Der Paritätische Wohlfahrtsverband warnt in seinem heute veröffentlichten Armutsbericht, dass alles darauf hindeute, dass die Auswirkungen der Corona-Krise Armut und soziale Ungleichheit noch einmal spürbar verschärfen werden.

In Mecklenburg-Vorpommern sank die Armutsquote im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Prozentpunkte auf 19,5 Prozent. Trotz dieser positiven Entwicklung gehört Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor zu den am stärksten von Armut betroffenen Bundesländern und landet im Ländervergleich auf dem drittletzten Platz vor Sachsen-Anhalt und Schlusslicht Bremen. Bayern und Baden-Württemberg zeigen mit 11,9 und 12,3 Prozent mit Abstand die „besten“ Werte.

„Dass die Armut in Mecklenburg-Vorpommern zumindest leicht gesunken ist, ist ein positives Signal, aber nicht wirklich ermutigend, wenn jetzt nicht bewusst mit politischen Maßnahmen gegengesteuert wird“, sagt der Vorsitzende des Paritätischen Mecklenburg-Vorpommern e.V., Friedrich Wilhelm Bluschke. „Landesweit leben im-

mer mehr Menschen ausgegrenzt. Die aktuelle Corona-Pandemie macht unter anderem deutlich, wie selektiv unser Bildungssystem ist und wie sehr arme Kinder benachteiligt sind.“ Insbesondere Alleinerziehende und ältere Menschen im ländlichen Raum würden abgehängt.

Das belege auch die hierzulande am stärksten von Armut betroffene Region Vorpommern mit einer Armutsquote von 21,7 – deutschlandweit auf Platz fünf der ärmsten Regionen. Der Lockdown im Frühjahr mit der Schließung von Kindergärten, Obdachloseinrichtungen, Beratungsstellen, Jugendclubs und vielen anderen Angeboten habe gezeigt, wie wichtig soziale Infrastruktur für ein funktionierendes Gemeinwesen und insbesondere für unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen ist.

Bundesweit besonders von Armut betroffen sind wie in den Vorjahren Alleinerziehende (42,7%), Erwerbslose (57,9%), Menschen mit niedriger Qualifikation (41,7%) und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (35,2%). Die Armutsquoten für diese Gruppen haben laut Studie im Vergleich zum Vorjahr noch einmal zugenommen. Die stärkste Zunahme von Armut ist bei Rentner*innen festzustellen: Die Armutsquote stieg seit 2006 um besorgniserregende 66 Prozent.

„Trotz der seit Jahren gleichen Gruppen mit besonders hohem Armutsrisiko ist es bisher nicht gelungen, die Armutsquote nachhaltig zu senken“, so Bluschke. „Wir brauchen schnellstmöglich Reformen in der Bildung, in der Alterssicherung sowie eine individualisierte Arbeitsmarktförderung und eine gute Infrastruktur, die alle mitnimmt“, sagt er mit Blick auf die Folgen der Corona-Krise.

„Corona hat jahrelang verharmloste und verdrängte Probleme, von der Wohnraumversorgung einkommensschwacher Haushalte bis hin zur Bildungssegregation armer Kinder, ans Licht gezerzt.

Eine zunehmende Zahl von Erwerbslosen stößt auf ein soziales Sicherungssystem, das bereits vor Corona nicht vor Armut schützte und dessen Schwächen nun noch deutlicher zutage treten“, sagt der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes Dr. Ulrich Schneider. Der Gesamtverband fordert daher die Umverteilung vorhandener Finanzmittel zur Beseitigung von Armut. Konkret seien eine bedarfsgerechte Anhebung der Hartz IV-Regelsätze sowie der Altersgrundsicherung, eine Kindergrundsicherung und Reformen der Arbeitslosen- und Rentenversicherung nötig.

Hilfen für arme Menschen

Anhebung der Regelsätze und weitere Corona-Soforthilfen gefordert

Spitzenvertreter von 36 Gewerkschaften und Verbänden fordern in einem gemeinsamen Aufruf „Soforthilfen für die Armen – jetzt!!!“ die zügige Anhebung der Regelsätze in Hartz IV und Altersgrundsicherung auf mindestens 600 Euro sowie sofortige zusätzliche Corona-Hilfen für arme Men-

schen. Eine derart breite zivilgesellschaftliche Allianz für eine bedarfsgerechte, armutsfeste Anpassung der Regelsätze auf ein konkretes Niveau gab es noch nie. Die bisherige politische Unterlassung, arme Menschen durch eine auskömmliche Grundsicherung und effektive Corona-Hilfen

zu entlasten, komme einem „armutspolitischen Offenbarungseid“ gleich, so die Kritik.

„Bereits im ersten Lockdown 2020 wurden für Bezieher von Hartz IV und Altersgrundsicherung keinerlei zu-

Fortsetzung auf Seite 34

Fortsetzung von Seite 33

sätzlichen Hilfen zur Verfügung gestellt, obwohl der zusätzliche Bedarf durch wegfallende Schulessen, geschlossene Tafeln, steigende Lebenshaltungskosten und insbesondere auch für Desinfektionsmittel und Masken offensichtlich gegeben war. Laptops für das Homeschooling wurden versprochen, auf die die Kinder vielfach noch heute warten. Umso unverständlicher ist dies, als zugleich hohe Milliardenbeträge zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zur Verfügung gestellt wurden“, heißt es in dem Aufruf. Da nicht absehbar sei, wie lange sich die anhaltende Pandemie noch hinzie-

he, sei akuter Handlungsbedarf gegeben.

Die jüngste Ankündigung von Hubertus Heil, endlich einen Zuschuss für coronabedingte Zusatz-Belastungen auf den Weg zu bringen, sei ein überfälliges und wichtiges Signal, doch reiche das angesichts der bitteren Not der Betroffenen bei weitem nicht aus. Der fortgesetzte Lockdown und die bereits beschlossenen sowie die leider noch zu erwartenden Einschränkungen belasten einkommensarme Haushalte erheblich, zusätzlich zu den schon jetzt seit Monaten zu tragenden Mehrbelastungen. Die zum Januar 2021 vorgenommene Anpassung der Regelsätze habe dabei keinerlei Abhilfe gebracht. „Getrogen hat die Hoffnung, dass die

Ärmsten spätestens mit der für 2021 anstehenden Anpassung der Regelsätze endlich entlastet würden. Im Gegenteil: Entgegen dem Rat und der Expertise aller Fachleute, von Gewerkschaften und Sozialverbänden erfolgte im Januar eine Erhöhung um lediglich 14 Euro auf 446 Euro, was einem armutspolitischen Offenbarungseid gleichkam“, heißt es in dem Aufruf weiter.

Die Unterzeichnenden appellieren an die Bundesregierung, endlich aktiv zu werden. Sie fordern für Bezieher von Hartz IV und Grundsicherung für Alte und Erwerbsgeminderte die bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro sowie für die Dauer der Krise einen pauschalen Mehrbedarfzuschlag von 100 Euro. ■

Die Grundrente kommt

Die Grundrente tritt in Kraft

Am 1. Januar 2021 ist das Gesetz zur Grundrente in Kraft getreten. Rund 1,3 Mio. Rentnerinnen und Rentner werden von einem individuellen Zuschlag zu ihrer Rente profitieren – unabhängig davon, ob sie schon in Rente sind oder erst in Rente gehen werden. In Mecklenburg-Vorpommern könnte dies 70.500 Rentner betreffen, davon knapp 46.500 Frauen. Wer jahrzehntelang mit geringem Verdienst gearbeitet und verpflichtend Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, kann eine höhere Rente erhalten.

Die Vorteile auf einen Blick

Durch die Grundrente werden rund 1,3 Millionen Rentnerinnen und Rentner, die lange gearbeitet, Beiträge gezahlt und wenig verdient haben, mehr Rente bekommen.

- Der durchschnittliche Grundrentenzuschlag zur Rente wird etwa 75 € pro Monat betragen.
- Die Grundrente gibt es für die heutigen Rentnerinnen und Rentner ohne neuen Antrag. Die Renten-

versicherung prüft bei diesen 26 Millionen Rentenzahlungen automatisch, ob die Rentnerinnen und Rentner einen Anspruch auf Grundrente haben.

- Bei der Grundrente wird das Vermögen der Rentnerinnen und Rentner nicht angerechnet. Nur anrechenbares Einkommen wird berücksichtigt. Dabei gelten bei der Grundrente Freibeträge.

Zusätzlich zur Grundrente wurden bei mehreren Sozialleistungen neue Freibeträge für das Einkommen geschaffen. Die neuen Freibeträge gelten zum Beispiel bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie beim Wohngeld. Sie gelten für alle, die lange Jahre verpflichtend in die Rentenversicherung eingezahlt haben. Es zählen aber auch vergleichbare verpflichtende Beitragszeiten, etwa zur Alterssicherung der Landwirte oder Beiträge zu einem berufsständischen Versorgungswerk. Auch dadurch steigt das verfügbare Einkommen vieler Rentnerinnen und Rentner.

Muss ich einen Antrag stellen?

Um den Grundrenten-Zuschlag zu erhalten, muss kein Antrag gestellt werden. Die Deutsche Rentenversicherung prüft bis Ende 2022 automatisch etwa 26 Millionen Bestandsrenten und zahlt den Grundrentenzuschlag rückwirkend zum 1. Januar 2021 bzw. zum individuellen Rentenbeginn aus.

Wann geht es los?

Da wird die Freude empfindlich getrübt. Mit der Auszahlung der ersten Zuschläge ist voraussichtlich erst ab Sommer 2021 zu rechnen. Bis alle ihren Bescheid erhalten, dauert es höchstwahrscheinlich bis Ende 2022. Erst nach Erhalt des Bescheides fließt auch Geld, dann aber rückwirkend für gegenwärtige Rentenbezieher ab 1. Januar 2020. Keine gute Kunde für Betroffene, brauchen sie doch gerade in Coronazeiten ebenfalls mehr Geld für zusätzliche Ausgaben.

Die Daten liegen nicht digitalisiert vor, so dass erst sämtliche Papierakten gesichtet werden müssen. Be-

gonnen wird mit den Neurentnern, deren Daten bei Neuaufnahme bereits digital erfasst werden. Danach sollen die Rentner überprüft werden, die am längsten Rente beziehen und im Inland leben. Zuletzt sind die Auslandsrentner dran.

Wenn man davon ausgeht, dass es sich bei den künftigen Grundrentenempfängern um Bedürftige handelt, die schnellstens einer Erhöhung bedürfen, kommt bei dieser langen Bearbeitungszeit wohl keine große Begeisterung auf.

Weitere Informationen zur Grundrente finden Sie auf der Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales unter www.bmas.de/DE/Soziales/Rente-und-Altersvorsorge/Grundrente/grundrente.

Bernd Rosenheinrich
(nach Informationen der BMAS)

NACH REDAKTIONSSCHLUSS

Beifallklatschen reicht nicht

Tarifvertrag für Altenpflegekräfte von Caritas abgelehnt

Fairer Lohn in der Altenpflege statt Klatschen auf dem Balkon: Das wünschen sich nicht nur Pflegekräfte selbst, sondern ein großer Teil der Gesellschaft nach den außerordentlichen Leistungen für Corona. Diskussionen um einen Tarifvertrag wurden nun besonders durch die Coronakrise stark angeregt. Doch damit soll aber noch kurz vor dem Ziel

Schluss sein. Ausgerechnet die Wohlfahrtsverbände der Kirchen legen ihr Veto ein.

Verdi und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil haben den Austausch über einen allgemeinverbindlichen branchenweiten Tarifvertrag für die Altenpflege angeregt und vorangebracht. Seit Jahren wurde ständig über bessere Bezahlung, mehr Urlaub und Ur-

laubsgeld für die Pflegekräfte diskutiert. Auf bessere Löhne und Arbeitsbedingungen können die Pflegekräfte voraussichtlich erstmal nicht hoffen. Ausgerechnet die katholische Caritas verhindert das Zustandekommen des Tarifvertrags, der insbesondere den Mitarbeitern privater Pflegeanbieter zu Gute gekommen wäre. Klatschen auf dem Balkon kostet ja nichts. ■

IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22,
19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich
Redaktion: Uwe Allwardt (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für
Soziales, Integration und Gleichstellung
Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht
mit der Meinung der Redaktion überein-
stimmen. Nachdruck mit Quellenangabe
gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
15. Februar 2021; Redaktionsschluss für
Nr. 2/2021: 15. Mai 2021

Die Sekunde

Ihr messt nach der Dauer das Leben,
berechnet nach Jahren die Zeit.

Ich zähle nicht Tag und nicht Stunde.

Ich hab' in einer Sekunde
durchlebt die Ewigkeit.

Viele Jahre zogen vorüber
und ließen die Seele mir leer.
Es blieb von keinem mir Kunde.
Die eine, die eine Sekunde
vergess' ich nimmermehr.

Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)
österreichische Erzählerin und Aphoristikerin



**Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine
Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre
Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen in der „Einkaufsquelle“, bei einem Besuch im „Residenzcafé“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegegraden.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens begleiten.



Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

www.wohnpark-zippendorf.de